Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr nichts. Vereint seid Ihr Alles!

Organ zur Wahrung der Interessen aller in der Textilbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Publikationsorgan des Zentralverbandes Deutscher Textilarbeiter (Sitz Berlin O. 27, Andreasstraße 61, l. r. Telephon: Berlin, Amt 7, Nr. 1076.) Hauptkassierer: Georg Treue, Berlin O. 27, Andreasstraße 61, l. r., an den alle Geldsendungen — stets unter Angabe ihrer Bestimmung — zu richten sind) und der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse für Textilarbeiter und Arbeiter andrer Berufe beiderlei Geschlechts (E. H. 12, Sitz Chemnitz).

Wöchentlich erscheint eine Ausgabe. Vierteljährlicher Bezugspreis durch die Expedition 60 Pfg., durch unsere Filialen und durch die Post 75 Pfg., durch erstere und den Briefträger ins Haus geliefert 90 Pfg. — Vereins- und Versammlungsanzeigen 15 Pfg., Geschäftsanzeigen 50 Pfg. die dreigespaltene Petitzeile. Mitteilungen und Anzeigen müssen für die stets Mittwochs zum Versand kommende Ausgabe bis Montag früh in den Händen des Herrn Albin Reichelt, Chemnitz, Uferstraße 14, sein, an welchen auch die Bezugsgelder zu senden sind. — Telephon: Nr. 4102.

Nr. 20. Auflage 85 000 **Chemnitz, Freitag den 18. Mai 1906.** Auflage 85 000 **18. Jahrgang.**

Differenzen bestehen zwischen dem Unternehmer und Webern und Weberinnen in Neumünster (Mehrens), **in Rheydt, Textilarbeitern und -Arbeiterinnen überhaupt in Bramsche, Landeshut in Schlesien, Kottbus, Sommerfeld, Forst, Guben, Vetschau, Peitz, Spremberg, Gummibandwebern in Wien, Samtwebern in M.-Gladbach** (Gebr. Hölzermann), **Spinnereiarbeitern in Ebersbach i. Sa.** (Hermann Wünsches Erben), **Posamentierern in Elberfeld-Barmen, Offenbach a. M., Jutespinnern und Webern in Weida, in Delmenhorst, Färbereiarbeitern in Köpenick, Rheydt, Bleichern in Friedland** Bez. Breslau (Krull), **Webern, Spinnern, Spulerinnen** ꝛc. **in Rheine, Färbern in Spindlersfeld bei Köpenick** (W. Spindler), **Trikotwebern in München** (Holzner & Lewi), **Textilarbeitern aller Art in Osnabrück** (F. H. Hammersen), **Tuchpressern in Aachen** (Knops), **Baumwollspinnern, Baumwollwebern und -Weberinnen in Köln a. Rh.** (Baumwollspinnerei und -Weberei), **Spitzenwebern in Leipzig-Plagwitz** (Barth & Co.), **Buntwebern in Hof i. Bayern.**

Verbandsausschuß.

Die Unterzeichneten des Zentralausschusses für den Zentralverband Deutscher Textilarbeiter ersuchen um Vervollständigung des Zentralausschusses gemäß dem Beschlusse der Verbands-Generalversammlung. Es haben je ein Zentralausschußmitglied zu wählen die organisierten Mitglieder in den Orten: Leipzig, Glauchau, Meerane, Chemnitz und Netzschkau. Verbandsbeamte sind nicht wählbar.

Sonntag den 27. Mai, nachmittags 3 Uhr, soll in Gößnitz in Bürkners Restaurant die erste Sitzung des Zentralausschusses stattfinden.

Gera, den 14. Mai 1906.

Mit kollegialem Gruß

Emil Betterlein, Vorsitzender, Alte Schloßgasse 11.
Max Seidel, Schriftführer, Krumme Gasse 1.

Klasse gegen Klasse!

Auch der gewerkschaftliche Kampf ist ein Klassenkampf. Wir haben das anderen Organisationsarten gegenüber, die weniger als unsere Organisation auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, oft genug betont und hervorgehoben, daß wir uns eine wirksame Führung des gewerkschaftlichen Kampfes nur bei einer Organisation denken können, die wir auf dem Boden des Klassenkampfes wissen. Aus diesem Grunde haben wir auch stets der Vereinigung der vorhandenen Textilarbeiter-Organisationen zu Gunsten des Klassenkampfes das Wort geredet. Wir verstehen freilich den Klassenkampf nicht als einen Kampf der Arbeiterschaft auf politischem Gebiete — ihn endgültig auszufechten, ist Sache der politischen Partei, die ihn auf ihre Fahne geschrieben hat —, sondern als einen wirtschaftlichen Kampf, allerdings in höchster Potenz, im Gegensatz zur Harmonieduselei, die den einzelnen Unternehmer als selbständigen Kämpfer, nicht als vorgeschobenen Teil einer Klassenkampfpartei ansieht. Im Gegensatz zu den Vertretern jener Organisationen erwarten wir daher auch nicht von dem einzelnen Unternehmer einsichtsvolles Entgegenkommen zu unseren Forderungen, sondern nur ein Nachgeben zu denselben auf Grund unserer Machtverhältnisse. Je größer unsere Macht wird, umso leichter werden wir dem Gegner etwas abringen können, denn umsomehr wird er mit uns rechnen müssen. Dies würde zweifellos in viel höherem Maße der Fall sein als jetzt, wenn sämtliche Textilarbeiterorganisationen des Reiches zu einer einzigen vereinigt wären. Die Frage der Vereinigung mit unseren Schwesterorganisationen wird umso aktueller, je mehr die Unternehmer sich anschicken, als eine einzige, einige Masse gegen uns vorzurücken und sich als solche auf die Teilorganisation mit ganzer Wucht zu werfen, die es wagte, den Kampf auch mit nur einem Unternehmer aufzunehmen. Der Unternehmerorganisation ist nichts angenehmer, als die Organisationszersplitterung auf Arbeiterseite. Wo sie vorhanden, können die Unternehmer umso besser ihre Einigkeit dem Arbeiter gegenüber ausspielen, können sie als Klasse über Teile der Arbeiterklasse herfallen.

Wie sehr sie sich dem Arbeiter gegenüber als Klasse fühlen, zeigt die schon seit langem von ihnen befolgte Aussperrungstaktik, deren Ziel ist, Arbeitseinstellungen in auch nur geringem Umfange durch räumlich und, wenn es sein muß, zeitlich ausgedehnte Massenaussperrungen niederzuringen. Und sie gehen in ihrer Einigkeit des Vorgehens sogar so weit, Forderungen, die auf Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen abzielen, auf das energischste zu bekämpfen, obwohl ihnen als einzelnen doch mit der Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen nur gedient werden könnte; je mehr die Arbeitsbedingungen vereinheitlicht würden, umso gleichmäßiger müßten die Warenpreise werden, und je mehr das geschähe, umsomehr Mühe hätte die Schmutzkonkurrenz, ihren Platz zu behaupten. Wo niedrige Löhne und lange Arbeitszeit herrschen, fehlt dem Unternehmertum der Antrieb, die Technik und die Arbeitsmethoden zu verbessern, um die Erhöhung der Produktionskosten durch die Steigerung der Warenerzeugung wett zu machen. Nur Firmen, die das tun, können sich auf dem Weltmarkte dauernd behaupten. Die andern wirtschaften nur dem eignen Ort und schließlich sich selber zum Schaden. Eine kräftige, energische gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiter ist also, richtig verstanden, ein wichtiges Mittel zur Förderung des Gewerbes auch in technischer Beziehung. Sie schafft dem Gewerbe eine gesunde Grundlage: eine leistungsfähige, intelligente Arbeiterschaft. Durch die einheitlichen Arbeitsbedingungen, die sie erstrebt, schützt sie zugleich den soliden Unternehmer, der seinen Stolz auf die Güte des Produkts setzt, vor der Schmutz- und Schleuderkonkurrenz des unreellen Unternehmers. Doch die Unternehmer nehmen lieber diese noch weiter in Kauf, als daß sie eine gleichmäßige Gestaltung der Arbeitsbedingungen zuließen, die den Nutzen der Arbeiterorganisation, die dieselben erkämpft hat, in ein gar zu günstiges Licht rücken würde. Dazu kommt die Erkenntnis, daß Arbeitsbedingungen, auf die ganze Industrie im ganzen Reiche gleichmäßig gestaltet, sich nicht so leicht wieder verschlechtern lassen, wie wenn man nur an einzelnen Orten solche besseren Bedingungen zugelassen hätte. Wenn die Arbeitsbedingungen nur an einzelnen Orten bessere sind, werden sie oft schon durch Zuzug von Arbeitskräften aus Orten mit schlechteren Arbeitsbedingungen gefährdet und können dann durch einen Ansturm der Unternehmerorganisation leichter verschlechtert werden, als dies sonst der Fall wäre.

Diese unsere Erwägungen werden durch die Haltung unterstützt, die die Organisation der Metallindustriellen bei dem jüngsten Kampfe in der Metallindustrie einnehmen. Bei einzelnen Firmen im Reiche streikten die Arbeiter. In einer Reihe von Großstädten wurde darauf mit Massenaussperrungen geantwortet. Da das nichts genützt hat, glaubte man zur Generalaussperrung seine Zuflucht nehmen zu sollen. Soweit bietet die Haltung der Metallindustriellen nichts Neues mehr. Nun kommt aber die „Arbeitgeber"-Zeitung mit dem Geständnis heraus, daß man in Unternehmerkreisen annimmt, es handle sich für die Arbeiterorganisation darum, die Arbeitsbedingungen der Eisengießereien in ganz Deutschland in eine einheitliche Form zu bringen. In der Tat scheint das bezweckt zu werden. Und die Unternehmer können nur aus den Gründen dagegen sein, die wir schon oben angeführt haben. Dazu kommt noch: Der Zentralverband Deutscher Metallindustrieller ist keine rein wirtschaftliche, sondern eine kapitalistisch-politische Vereinigung, die wahrscheinlich auch mit den reaktionären, arbeiterfeindlichen Stellen der Reichs- und Landesregierungen intime Beziehungen unterhält, diese Stellen unterstützt, wie sie sich von den Unternehmerorganisationen unterstützen lassen zu dem gemeinsamen Zwecke, die Arbeiterschaft nicht zu der ebenbürtigen Stellung kommen zu lassen, die ihr als dem Hauptfaktor in Staat und Gesellschaft gebührt. Aber das Vorgehen der Metallindustriellen wurde in der Hauptsache durch die Absicht bedingt, die vermeintlichen Pläne des Metallarbeiterverbandes zu durchkreuzen, also die vermeintlich von ihm angestrebte Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen hintenanzuhalten. Denn die „Arbeitgeberzeitung" bemerkt weiter:

„Der wichtigste Beschluß des Ausschusses des Gesamtverbandes liegt (aber) in der Einsetzung einer Zentralstelle für die Führung des gemeinsamen Kampfes, und zwar ist dafür der Vorstand des Gesamtverbandes, erweitert durch je einen Delegierten der bereits in der Aussperrung stehenden Bezirksverbände, eingesetzt worden. Ohne die Genehmigung dieses erweiterten Vorstandes darf keine der angegriffenen Gießereien und Bezirksverbände ein Separatabkommen treffen. Diese Bestimmung war notwendig, weil offenbar der Metallarbeiterverband die einzelnen Streiks in ganz verschiedener Weise führte. In dem einen Falle zog er seine schärfsten Seiten auf, in dem anderen Falle zeigte er sich entgegenkommender, alles natürlich nach seiner bekannten Taktik: „teile und herrsche".

Durch die Einsetzung einer Zentralstelle durch den Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller ist die Taktik des Metallarbeiterverbandes durchkreuzt worden."

Um jeden Preis sollte hier also wieder ein Kampf ausgefochten werden von Klasse zu Klasse. Die Unternehmer führen den Kampf so, als ob die ganze Arbeiterschaft einer Industrie organisiert wäre — organisiert in einem einzigen Verbande. Sollte die Zeit wirklich noch sehr fern sein, wo die Arbeiterschaft sich demgemäß organisiert und den Zustand in der Tat schafft, den ihr das Unternehmertum bei seinen Kämpfen gegen sie unterstellt? — —

Wie notwendig eine einheitliche Arbeiterorganisation für jede Industrie ist, zeigt auch die Stellung, die das Unternehmertum neuerdings zu den Tarifverträgen einnimmt.

Wir haben auf unserer kürzlich abgehaltenen Verbandsversammlung selbst zu Gunsten von Tarifverträgen resolviert. Wir sprechen zwar nicht mehr, wie Frl. Imle es seinerzeit tat, Tarifverträge als soziale Friedensdokumente an, die geeignet seien, den Klassengegensätzen ihre Schärfe zu nehmen, aber wir waren doch bisher mit ihr der Meinung, daß Tarifverträge die gewerkschaftlichen Kämpfe einschränken könnten. Denn wenn ein Tarifvertrag jahrelang zur Zufriedenheit beider Kontrahenten bestanden hätte — welcher Grund läge dann vor, ihn nicht wieder zu erneuern? Natürlich mit einigen, dem Fortschritt der Zeit entsprechenden Verbesserungen für die Arbeiter. Das ist's ja aber gerade, was immer wieder Massenkämpfe heraufbeschwören wird. Das Unternehmerinteresse erfordert es, auch unter der Herrschaft der Tarifverträge, den Einfluß der Arbeiter auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse möglichst zu beschränken, womöglich ganz aufzuheben; die Unternehmer wollen möglichst allein den „Vertrag" festsetzen. Das gelingt natürlich nicht mehr; im Gegenteil macht sich der Arbeitereinfluß immer stärker geltend. Und dem verstärkten Einfluß der Arbeiter wird ein stärkerer Widerstand entgegengesetzt. Auf diese Weise wächst Umfang und Wucht der Kämpfe. Daran werden auch Tarifverträge nichts ändern, wenigstens da nicht, wo die Unternehmerorganisationen immer stärker und angriffslustiger werden. Und das ist in der Textilindustrie in demselben Maße der Fall, wie in den anderen größeren Industrien. Schützen kann davor nur einigermaßen eine starke, einheitliche Arbeiterorganisation. Denn bei dem Vorhandensein mehrerer und dem getrennten Marschieren derselben werden die Unternehmer bei der Einheitlichkeit ihrer Organisation und ihr entsprechenden Schlagfertigkeit stets so kampfbereit sein, daß auch die Erneuerung von Tarifverträgen erst durch längere Kämpfe erzwungen werden kann. Und diese Kämpfe werden zu Massenkämpfen werden. Wenn auch von dem Unternehmertum auf solche nicht hingearbeitet wird, so wird doch ihre Taktik zu solchen Kämpfen führen. Und diese Kämpfe werden von den Arbeitern umso eher gewonnen werden, je weniger Organisationen für sie in Frage kommen und je größer ihre Schlagfertigkeit ist. Der Massenkampf wird nicht durch die Einrichtung der Tarifverträge überwunden, sondern zunächst noch gefördert werden; sie sind ein Mittel, die auf Erweiterung der Kämpfe gerichtete Tendenz zu fördern, nicht ihr entgegenzuarbeiten.

Schon besteht bei den Unternehmern des Baugewerbes das Bestreben, bei dem Abschluß von Tarifverträgen den Endtermin, also den Tag, wo die Verträge ablaufen und neue geschlossen werden müßten, für die verschiedenen Orte und Betriebe auf ein und denselben Zeitpunkt zu verlegen. Und das geschieht in einem Gewerbe, wo der Tarifvertrag schon ziemlich weit entwickelt ist; arbeiten doch im Baugewerbe schon zirka 100 000 Arbeiter unter Tarifvertrag. Sicher wird das Unternehmertum der anderen Industrien dieses für die Arbeiterschaft keineswegs gleichgültige Beispiel nachzuahmen suchen. Warum? — Weil dann wegen der Neugestaltung von Tarifverträgen auf der ganzen Linie gleichzeitig verhandelt werden müßte. Kommt es dann zum Kampf, muß auch dieser gleichzeitig auf der ganzen Linie geführt werden, wenn die Arbeiter Tarifverträge aufrecht erhalten wollen. Ja, solche Kämpfe könnten sogar, sind solche Verträge für das Unternehmertum besonders günstig, geführt werden müssen, um die letzteren von dem Arbeiter abzuwehren, der es natürlich vorziehen würde, lieber ohne Tarif als unter der Herrschaft eines für ihn ungünstigen Tarifs zu arbeiten.

Also: Stärkung der Organisation und deren Aktionsfähigkeit nach jeder Richtung hin ist auch selbst in der Aera der Tarifbeschlüsse, der „sozialen Friedensdokumente", vonnöten. Und der Erfolg wird für die Arbeiter umso größer sein, je mehr ihre Sammlung sich in einer Organisation im gegebenen Moment vollzogen haben wird. Mindestens müssen in einem solchen die verschiedenen in Frage kommenden Organisationen sich schon so weit genähert haben, daß sie bereit sind, sich gegenseitig Solidarität zu bezeigen und den gemeinsamen Gegner vereint zu schlagen.

Möchte die Erkenntnis, daß wir noch weit davon entfernt sind, in das Traumland des sozialen Friedens zu steuern, ja daß wir unter der Herrschaft der heutigen Gesellschaftsordnung kaum je zu einem Friedensdorado gelangen werden, in allen Lagern der kämpfenden Arbeiter Platz greifen, sodaß die Arbeiterschaft als Ganzes allen ihr noch bevorstehenden Stürmen gewachsen sei — als

Klasse gegen Klasse!

Der Kampf um den Zehnstundentag in Crimmitschau.

In Crimmitschau regt sich's wieder mächtig. Die jahrelange Friedhofsruhe hat ausgesprochener Kampfesstimmung weichen müssen.

Man schreibt uns von dort:

Am Dienstag den 8. Mai beschäftigten sich zwei sehr stark

besuchte öffentliche Textilarbeiter-Versammlungen mit dem Thema: Die Antwort des Spinner- und Fabrikantenvereins betreffend und welche Stellung gedenkt die Arbeiterschaft hierzu einzunehmen?" Bekanntlich beauftragte eine am 30. März dieses Jahres abgehaltene, sehr stark besuchte Versammlung durch einstimmige Annahme einer Resolution die hiesige Verbandsleitung, das Unternehmertum zu ersuchen, die Arbeitszeit von 10½ bez. 11 Stunden auf 10 Stunden herabzusetzen. In jener Versammlung wurde die während des Kampfes von seiten des Unternehmertums in allen ihren Flugblättern sowie Zeitungsnachrichten so viel gepriesene Versicherung, daß nur die Unternehmer die rechten Freunde der Arbeiter wären, weshalb sich auch die Arbeiter von den sozialdemokratischen Verhetern und Verführern lossagen und in die Betriebe zurückkehren könnten, und daß die Unternehmer geneigt wären, den Arbeitern nach Möglichkeit entgegenzukommen, einer scharfen Kritik unterzogen.

Daß der in damaliger Versammlung erschienene und an der Diskussion sich beteiligende Herr Max Graupner, Vorsitzender des Nationalen Arbeiter-Unterstützungsvereins, oder richtiger gesagt: der Schutztruppe des Crimmitschauer Fabrikantenvereins, nur anwesend war, um die Stimmung der Massen kennen zu lernen und die Arbeiterschaft irre zu führen, ist nicht mehr zu bezweifeln, da nach Absendung unseres Schriftstückes an den Fabrikantenverein mehrere Tage darauf der Fabrikantenverein mit einigen Helden der Nationalen Schutztruppe tagte und dem Drängen der gesamten Arbeiterschaft etwas nachzukommen sich bemühte. Doch lassen wir zunächst das an den Spinner- und Fabrikantenverein abgegangene Schriftstück folgen:

„An den löblichen Spinner- und Fabrikantenverein
zu Crimmitschau
zu Händen seines Vorsitzenden Herrn Lukas Schmidt.

Der ergebenst unterzeichnete Geschäftsführer der Zahlstelle des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes zu Crimmitschau erlaubt sich, den geehrten Spinner- und Fabrikantenverein zu ersuchen: er möge die Wohltat des einzuführenden zehnstündigen Arbeitstages den Arbeitern und Arbeiterinnen in den Betrieben seiner Mitglieder mit Beibehaltung des bisherigen Lohnes der in Wochenlohn stehenden sowie dementsprechender Lohnausgleichung der Akkordarbeiter zu teil werden lassen. Ein allgemeines Bedürfnis nach Verkürzung der Arbeitszeit, welches sich ja schon seit Jahren für die Arbeiterschaft als berechtigt erwiesen, hat die am 30. März dieses Jahres abgehaltene stark besuchte Textilarbeiterversammlung, in der mehrere Hunderte von Personen keinen Einlaß finden konnten, wiederum kräftig zum Ausdruck gebracht. Sie hat den Unterzeichneten beauftragt, sich abermals an den geehrten Spinner- und Fabrikantenverein zu wenden mit dem Ersuchen, er möge ein der Arbeiterschaft entgegenkommendes Wohlwollen bezeigen und die Arbeitszeit auf 10 Stunden herabsetzen.

Der unterzeichnete Geschäftsführer im Einverständnis mit den 4000 organisierten Textilarbeitern erlaubt sich, noch ganz besonders darauf hinzuweisen, daß in einer ganzen Anzahl Textilorte die 10½ stündige Arbeitszeit schon längere Zeit besteht und ab 1. Juli 1906 in Neumünster sowie in verschiedenen anderen Orten (der Lausitz usw.) die reine 10 stündige Arbeitszeit zur Einführung gelangt, wodurch auch die in den früheren Jahren von dem löblichen Spinner- und Fabrikantenverein Crimmitschaus gefürchtete Konkurrenz vollständig beseitigt ist. Wohl schon genügende Beispiele haben gelehrt, daß bei verkürzter Arbeitszeit die Industrie nicht den geringsten oder doch nur einen momentanen Rückgang der Arbeitsleistung zu verzeichnen hatte. Auch die Crimmitschauer Arbeiterschaft wird sich bemühen, durch Fleiß und Tüchtigkeit die nachgelassene Arbeitszeit wieder einzuholen.

Der Unterzeichnete erlaubt sich daher, einer wohlwollenden Antwort bis Sonnabend den 28. April dieses Jahres entgegensehen zu dürfen.

Es zeichnet mit aller Hochachtung
Crimmitschau, den 10. April 1906.
Albin Hecht, Herrengasse 13, II."

Eine Antwort an unseren Geschäftsführer ist nicht ergangen, wohl aber gelangte schon am 21. April in zirka 11 bis 15 Betrieben die 10½ stündige Arbeitszeit, unter teilweiser Wegnahme bez. Reduzierung der Waschpausen, zur Einführung. Die Firma Robert Sarfart brachte sogar den Zehnstundentag zur Einführung. Doch es sollte noch anders kommen.

Am Freitag den 27. April, welchem Tage eine abermalige Sitzung des Fabrikantenvereins mit einigen Helden der Nationalen Schutztruppe vorausgegangen war, prangte in allen Betrieben ein vom Spinner- und Fabrikantenverein unterzeichnetes Plakat, wonach vom Sonnabend den 29. April ab in allen dem Verein angehörigen Betrieben die Arbeitszeit von früh 6 Uhr bis mittags 12 Uhr, mit einer viertelstündigen Frühstückspause von 8 bis ¼9 Uhr, sowie von nachmittags ½2 bis abends 6 Uhr zur Einführung gelangte und somit die 10½ stündige Arbeitszeit seit dem 28. April zur Einführung gebracht worden sei. Hierzu muß ganz besonders hervorgehoben werden, daß die Waschpausen, die vor dieser Zeit bestanden, mittags und abends teilweise ganz weggenommen oder verkürzt worden sind. Außerdem verdient der breiten Oeffentlichkeit bekannt gemacht zu werden, daß die am 21. April bei der Firma Robert Sarfart eingeführte zehnstündige Arbeitszeit wiedergenommen wurde und an deren Stelle der am 27. April vom Fabrikantenverein laut Plakat beschlossene 10½ stündige Arbeitstag ab 29. April zur Einführung gelangte, wobei der Meister auf Befragen seitens einiger Arbeiter erklärte, Herr Sarfart hätte mit gutem Beispiel vorangehen wollen, sich aber dem Beschluß fügen müssen, sonst hätte man ihn aus dem Fabrikantenverein ausgeschlossen und ihm bei eventuellen Kämpfen die Unterstützung versagt.

Ein weiteres Beispiel, wie das Wohlwollen und die Arbeiterfreundlichkeit des Unternehmertums aussieht, zeigt folgendes. Bei der Firma Albert Plücker, welche über zwei Betriebe verfügt, besteht schon seit zirka 14 Jahren die reine zehnstündige Arbeitszeit, welche der durch Tod abgegangene Vater der jetzigen Inhaber zur Einführung gebracht hat. Auch in diesen Betrieben ist am 28. April die seit zirka 14 Jahren bestehende zehnstündige Arbeitszeit auf 10½ Stunden erhöht worden. Ja, es scheinen manche Fabrikbarone sehr wenig Gesetzeskunde zu besitzen, sonst müßten diese Herren doch wissen, daß derartige Verschlechterungen der Fabrikordnung 14 Tage vor dem Inkrafttreten der Arbeiterschaft bekannt zu machen sind. Das Unternehmertum empfindet eben nicht die geringsten Bedenken; die Hauptsache für dasselbe ist, daß seine Taschen immer besser gefüllt werden. Ob der Arbeiter noch existenzfähig sei, kommt eben nicht in Frage. Ja, man glaubt wahrscheinlich, daß die Arbeiterschaft für jede Aenderung der Fabrikordnung, selbst wenn sie eine Verschlechterung bietet, noch zu Dank verpflichtet sei.

Hat es sich doch gezeigt, daß bei der Einführung der 1¼ stündigen Mittagspause sich die bei der Firma Lukas Schmidt beschäftigten, dem Nationalen Arbeiter-Unterstützungsverein angehörigen Arbeiter noch zu Dank verpflichtet sahen, welchen Herr Lukas Schmidt, Vorsitzender des Spinner- und Fabrikantenvereins, würdevoll entgegenzunehmen geruhte.

Da nun die um wenige Minuten nachgelassene Arbeitszeit sich sehr verschiedenartig gestaltet, sah sich die Organisationsleitung veranlaßt, alles weitere durch Fragebogen festzustellen, um den beiden zum 8. Mai arrangierten Versammlungen einen vollständigen Bericht über die nachgelassene Arbeitszeit erstatten zu können.

In beiden Versammlungen entspann sich, nachdem der Bericht erstattet war, eine sehr lebhafte Diskussion, an der namentlich das weibliche Geschlecht sehr lebhaft Anteil nahm. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 8. Mai im Saale des „Grüntales" tagende öffentliche stark besuchte Textilarbeiter-Versammlung nimmt Kenntnis davon, daß der Spinner- und Fabrikantenverein es nicht der Mühe wert gehalten hat, auf ein an ihn gerichtetes, in den anständigsten Formen gehaltenes Schreiben zu antworten. Die Versammlung erblickt darin eine gegen den Anstand und die gute Sitte verstoßende Handlungsweise, welche ihre Erklärung nur in der sozialpolitischen Rückständigkeit des Crimmitschauer Unternehmertums findet. Aus dem durch eine Umfrage gewonnenen, zum Vortrage gebrachten Material ist die Versammlung zu der Ueberzeugung gekommen, daß die von den Fabrikanten gemachten Zugeständnisse den Erwartungen der Textilarbeiterschaft nicht entsprechen. Die Versammelten beauftragen die hier am Orte bestehende Leitung der Textilarbeiter, die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit für die Zukunft im Auge zu behalten und ersuchen den Bevollmächtigten, nochmals mit dem Spinner- und Fabrikantenverein in Unterhandlungen zu treten, um die Forderungen der Arbeiter zur Durchführung zu bringen. Wir fordern aber als das mindeste die Einführung einer anderthalbstündigen Mittagspause unter Beibehaltung der bisher üblichen Waschzeit, ferner einen 30- bis 50 prozentigen Lohnzuschlag für Ueberarbeit nach der festgelegten Arbeitszeit, wöchentliche Lohnzahlung sowie eine einheitliche Regelung der Arbeitszeit in allen Betrieben. Der Bevollmächtigte wird beauftragt, diese Forderungen der Arbeiterschaft dem Spinner- und Fabrikantenverein zu übermitteln und in einer in nächster Zeit zu veranstaltenden Versammlung Bericht über die gepflogenen Verhandlungen zu erstatten. Sollte der Spinner- und Fabrikantenverein die in heutiger Versammlung gefaßten Beschlüsse keiner Antwort würdigen, so wird die Crimmitschauer Textilarbeiterschaft daraus die nötigen Konsequenzen ziehen und auch vor dem äußersten Mittel, wenn es zwecks Erreichung ihres gesteckten Zieles in Anwendung gebracht werden müßte, nicht zurückschrecken."

In der Diskussion gab eine Kollegin bekannt, in wie unzulässiger Weise sie bei der Firma E. O. Zöffel, als sie mit einigen Mitarbeiterinnen sich entschlossen hatte, etwas Lohnaufbesserung im Kontor zu fordern, behandelt worden sei. Man habe sie als freches Frauenzimmer bezeichnet und ihr für den Wiederholungsfall mit Hinauswerfen gedroht. Eine andere Kollegin, in Arbeit bei der Firma Eduard Uhlig, gab verschiedene dort bestehende Uebelstände zum besten. Herr Uhlig rächte sich nach den Angaben des Mädchens am nächsten Tage in ähnlicher Weise. (Der Anstand verbietet uns, die Worte, mit denen die Arbeiterin belegt worden sein will, wiederzugeben.)

Nun, Arbeiterschaft Crimmitschaus, so sieht die vor drei Jahren so viel gepriesene Arbeiterfreundlichkeit der Herren Geldsacksprotzen aus. So lange ihr euch beugt und duckt, ganz nach dem Willen des Ausbeutertums, so lange seid ihr anständige, fleißige Arbeiter. Sobald ihr aber für eurer Hände Arbeit ein wenig Lohn mehr fordert, seid ihr faule, elende, nichtswürdige Kreaturen, die zu allem anderen, nur nicht zur Arbeit zu gebrauchen sind.

Der Arbeiterschaft Crimmitschaus rufen wir zu: Antwortet dem Unternehmertum so, wie es sich nach Lage der Dinge für jeden ehrliebenden Arbeiter, jede ehrliebende Arbeiterin geziemt: **Schließt euch alle dem Textilarbeiter-Verbande an,** damit ihr den Geldsacksprotzen mehr als bisher imponiert und sie gezwungen sind, euch eine Behandlung zu teil werden zu lassen, die dem allgemeinen Bildungsgrade der Zeit entspricht!

Eine neue Aussperrung in Sicht!

Wie schon aus der Tagespresse bekannt ist, droht in Neumünster eine Weberaussperrung. Man schreibt uns darüber:

Am Montag den 7. Mai wurden drei Weber bei der Firma Mehrens vorstellig, um auf eine neue Arbeit eine Lohnerhöhung zu verlangen. Dies wurde von der Firma mit den Worten schroff abgewiesen: „Wer die Arbeit für den angesetzten Lohn nicht machen will, kann sofort aufhören!" Die drei Weber verließen darauf die Fabrik. Am Mittag desselben Tages hielten sämtliche Weber der Belegschaft in der Fabrik eine Besprechung ab, um die Forderung ihrer Kollegen zu prüfen. Die Weberschaft kam zu der Ueberzeugung, daß die Forderung gerecht sei und wählte eine Kommission von drei Mann, die mit der Firma in dieser Sache verhandeln sollte. Die Kommission wurde ebenso schroff mit den Worten abgewiesen: „Wer die Arbeit nicht machen will, kann aufhören!" Hierauf erklärten sich die Weber solidarisch und verließen einmütig die Fabrik. Dann wurde gleich eine Besprechung abgehalten und folgender Lohntarif aufgestellt:

1. Für einfache Arbeiten 14 Pf. pro 1000 Schuß (bisher 13).
2. Doppelte Ketten 15 Pf. (bisher 13½); mit Bindekette 15½ Pf. (bisher 13½).
3. Decken über 3000 Meter Schußgarn 16 Pf. pro 1000 Schuß (bisher 15); Decken unter 3000 Meter Schußgarn 17 Pf. pro 1000 Schuß (bisher 15 Pf.).
4. Arbeiten mit 3 Schützen, mehrere Farben, 14½ Pf.; für jeden weiteren Schützen ½ Pf. mehr.
5. Bei schlechtgehenden Arbeiten ein Mindestlohn von 21 Mark pro Woche.
6. Tagelohn 3,50 Mark.
7. Ketten-Aufknüpfen für 100 Faden 10 Pf.
8. Anbringung von Schutzuhren an den Stühlen.

Diese Forderungen sollte die Kommission der Firma unterbreiten. Am 8. Mai war die Kommission vorstellig, wurde aber mit dem Bemerken abgewiesen, sie (die Firma) könne nicht verhandeln, weil sie (die Weber) nicht mehr bei ihr arbeiteten. Es haben, nachdem noch eine neue Kommission gewählt worden war, Verhandlungen stattgefunden, die aber an der Hartnäckigkeit des Herrn Otto Mehrens scheiterten. Herr Otto Mehrens verlangt bedingungslose Aufnahme der Arbeit und will dann Gelegenheit nehmen, die Sache zu prüfen. Zugeständnisse könne er nicht machen. Hierauf beschloß die Weberschaft einstimmig, nicht bedingungslos wieder hineinzugehen.

Darauf wurde in sämtlichen Fabriken zum Aushang gebracht folgende

Bekanntmachung. Am Montag den 7. Mai sind vier Weber bei der Firma H. F. W. Mehrens wegen Lohnforderungen vorstellig geworden, worüber vorläufig keine Einigung erzielt werden konnte. Daraufhin haben die sämtlichen übrigen bei dieser Lohnfrage nicht beteiligten Weber die Arbeit verlassen und sind dadurch kontraktbrüchig geworden. Trotz wiederholter Aufforderung, die Arbeit vorläufig wieder aufzunehmen, ist dies nicht geschehen. Da hier ein offener Kontraktbruch vorliegt, hat der unterzeichnete Fabrikantenverein eintreten müssen und folgendes beschlossen: „Falls die Arbeit bei der Firma H. F. W. Mehrens bis Mittwoch den 16. d. M. morgens nicht wieder aufgenommen wird, werden die Arbeiter sämtlicher Fabriken der Vereinsmitglieder im Laufe der folgenden acht Tage kontraktmäßig entlassen, sodaß eventuell am Mittwoch den 23. d. M. die vollständige Schließung der Betriebe eintritt.

Neumünster, den 13. Mai 1906.

Der Fabrikantenverein der Textilindustrie.

Soweit der Bericht. Daß die gestellten Forderungen keine unbilligen sind, zeigt der Umstand, daß Herr M. über dieselben nach Wiederaufnahme der Arbeit verhandeln will. Das konnte doch wohl ebenso gut vorher geschehen. Es wird geschehen müssen, wenn Herr M. im Interesse des Gemeinwesens die Aussperrung und das Elend tausender Unbeteiligter verhindern will. Daß er es will, wollen wir vorläufig noch hoffen.

Das Hirsch-Telegraphen-Bureau telegraphiert unter dem 16. Mai: Die streikenden Weber weigerten sich, die Arbeit wieder aufzunehmen. Daher wird nun laut Beschluß der Fabrikanten heute früh mit der Aussperrung der Textilarbeiter begonnen. Die Entlassung erfolgt, sobald jeder das angefangene Stück Tuch beendet hat. Der äußerste Termin für die Schließung sämtlicher Fabriken ist der 23. Mai. Die Zahl der durch die Entlassung Betroffenen beläuft sich auf über 8000.

Aus dem Reichstage.

Vorige Woche wurde im Reichstage eine Reihe von Steuern beschlossen, die nicht alle die Arbeiter gleichgültig lassen können. Das kann zum Teil schon auf die Automobilsteuer zutreffen, die sich auch auf Motorzweiräder erstreckt, die unter Umständen auch von Arbeitern benutzt werden dürften. Noch mehr werden freilich die Arbeiter durch die beschlossene Fahrkartensteuer belastet. Anstatt den Fahrverkehr zu verbilligen, verteuert man ihn.

Die Fahrkartensteuer wird nach dem vom Reichstage angenommenen Antrage folgendermaßen bemessen werden.

a) Fahrkarten, Fahrscheine und sonstige Ausweise über die erfolgte Zahlung des Personenfahrgeldes im Eisenbahnverkehr sollen Steuern zahlen:

bei einem Fahrpreise von:	III. Wagenklasse Pf.	II. Wagenklasse Pf.	I. Wagenklasse Pf.	
0,60 Mk. bis 2 Mk.	5	10	20	vom einzelnen Fahrtausweise
mehr als 2 „ „ 5	10	20	40	
„ „ 5 „ „ 10	20	40	80	
„ „ 10 „ „ 20	40	80	160	
„ „ 20 „ „ 30	60	120	240	
„ „ 30 „ „ 40	90	180	360	
„ „ 40 „ „ 50	140	270	540	
„ „ 50 „	200	400	700	

Fahrkarten von Straßen- und ähnlichen Bahnen, welche getrennte Wagenklassen nicht führen, sollen wie Fahrkarten dritter Klasse behandelt werden.

b) Fahrkarten, Fahrscheine und sonstige Ausweise über die erfolgte Zahlung des Personenfahrgeldes im Dampfschiffsverkehr auf inländischen Wasserstraßen und Seen, sowie im Dampfschiffsverkehr der Nord- und Ostsee zwischen inländischen Orten sollen den unter a) für die dritte Wagenklasse festgesetzten Steuersätzen unterliegen. Wenn das Dampfschiff verschiedene Fahrklassen führt, sollen die unter a) für die dritte Wagenklasse festgesetzten Steuersätze für die niedrigste Fahrklasse, die unter a) für die zweite Wagenklasse festgesetzten Steuersätze gleichmäßig für die höheren Fahrklassen gelten.

Befreit sollen sein: 1. Fahrkarten usw., wenn deren tarifmäßiger Fahrpreis, bei Zeitkarten der Gesamtpreis der Zeitkarte, bei Fahrkarten von und nach ausländischen Orten der Fahrpreis für die im Inlande zurückzulegende Strecke den Betrag von 60 Pf. nicht erreicht; 2. die zu ermäßigten Preisen ausgegebenen Militär- und Arbeiterfahrkarten, 3. Fahrkarten der dritten Wagenklasse, soweit im Eisenbahnverkehr eine vierte Wagenklasse nicht geführt wird, und der Fahrpreis der dritten Wagenklasse den Satz von 2 Pf. für das Kilometer nicht übersteigt.

Gleichgültiger, wenn nicht gar mit Befriedigung, stehen die Arbeiter der beschlossenen Tantiemensteuer gegenüber, denn mit „Tantieme" bezeichnen die Aktiengesellschaften die an ihre Aufsichtsratsmitglieder gewährten Vergütungen, die oft eine fabelhafte Höhe erreichen und recht reichen, mühelosen Gewinn darstellen. Die gleichfalls beschlossene Erbschaftssteuer dürfte den Beifall der Arbeiter finden.

Zur Aufklärung!

In dem Bericht von der Generalversammlung in der Beilage der Nr. 16 unseres Fachblattes findet man, daß mein Mandat als Delegierter nicht anerkannt wurde, da ich v. J. soll „bewußte Streikarbeit" geleistet haben. Die Kollegen, die mich kennen, glauben dies nicht, und die mich nicht kennen, mögen folgenden Sachverhalt selbst prüfen.

Nachdem ich in Schlesien wegen der Verfolgungen durch die Polzei sowie wegen der vielen Maßregelungen von den Arbeitgebern in den meisten Orten keinerlei Arbeit mehr erhielt, so habe ich in Görlitz voriges Frühjahr nach der letzten Maßregelung bei der Firma Müller u. Schöne müssen zu anderer Arbeit greifen und habe mich nicht mehr um die Textilarbeiterbewegung gekümmert. — Dies ist mein einziger Fehler. — Ende Mai erschienen in den Zeitungen Inserate, worin tüchtige Kammgarnweber nach Eilenburg gesucht wurden. Ich bewarb mich um Arbeit und erhielt das Reisegeld, damit ich von Görlitz fortkonnte. Dienstag den 30. Mai v. J. wurde ich von den Herren der Firma Bönicke empfangen, wo die alten weißhaarigen Besitzer ihre Mütze vor mir zogen. Ich hatte nun Ahnung. Nachdem ich mir noch einen ziemlichen Vorschuß hatte zahlen lassen für meine zurückgelassene Familie, spazierte ich in dem Betriebe herum, kontrollierte die Stuhlbücher, die auf den Webstühlen lagen und erfuhr so, daß wegen der horrenden Löhne von 8 bis 9 Mark pro Woche die Arbeiterinnen streikten. Mir war ein Lohn von 18 Mark und Wohnung versprochen worden.

Mittwoch den 31. Mai ging ich in die Streikversammlung und berichtete über den Streik, auch darüber, wieviel Arbeitswillige vorhanden waren usw. Ich bekam den Auftrag, wieder in die Fabrik zu gehen, um Leute herauszuholen. Donnerstag früh habe ich 4 Mann und nachmittag 2 Mann herausgeholt, welche ich zum Streikkomitee brachte, wo sie belehrt wurden. Dies half aber nichts. Sie gingen Freitag wieder in die Bude. Auf Wunsch der Streikenden bin ich bis Sonnabend dort geblieben. Während dieser Zeit hatte mir die Firma schon durch den Webmeister die Kündigung zugehen lassen, da sie auf eine solche Tätigkeit verzichten mußte. Vorsichtshalber hatte ich keine

Papiere abgegeben, und nachdem ich mit den Chefs noch ein energisches Wort gesprochen hatte, wurde mir das weitere Betreten des Grundstückes verboten. Nun hatte diese Firma noch eine Fabrik in Luckenwalde, wo tüchtig gearbeitet wurde, und deshalb wurde ich nach Berlin zum Zentralvorstand geschickt, um die Wünsche der Streikenden zu überreichen. Durch einen wahrheitswidrigen Bericht ist die Meinung erweckt worden: Drescher ist Streikbrecher. Wer nachweisen kann, daß meine Aufklärung nicht der Wahrheit entspricht, erhält einen Taler.

Wenn die „Arbeitswilligen" alle von dem Geiste beseelt wären, so wären wir ein Stück weiter in der Arbeiterbewegung.

Fr. Drescher, Potsdam.

Stickereiarbeiter-Bewegung.

Achtung, Kurbelsticker und -Stickerinnen! Anschließend an den vor zirka 14 Tagen im „Vorwärts" erschienenen Bericht über den Londoner Streik der Kurbelsticker, bei welchem es sich hauptsächlich um die Einführung der Stichzähluhr und der damit verbundenen Kalkulationsmethode handelte, sei den Kollegen und Kolleginnen hierdurch mitgeteilt, daß sie in nächster Zeit auch hier in Deutschland mit der Stichzähluhr beglückt werden sollen. Wie man hört, hat eine bekannte Berliner Kurbelstickmaschinenfabrik die Anfertigung und Vertreibung dieser Stichzähluhren in die Hand genommen, und wird die Fabrik nun versuchen, dieselben bei den Inhabern von Stickereien abzusetzen. Damit nun die Kollegen nicht unvorbereitet sind, und um einer Lohndrückerei vorzubeugen, seien sie schon jetzt über das Wesen der Stichzähluhr resp. der damit verbundenen Kalkulation unterrichtet. Die Stichzähluhr, welche an jeder Maschine angebracht werden kann, zeigt die mit der Maschine gemachten Stiche an, und zwar zeigt sie nicht jeden Stich einzeln an, sondern auf je 54 Stiche eine Nummer. Also: sind 54 Stiche gemacht, so zeigt sie Nr. 1, bei 108 Stichen Nr. 2, bei 162 Stichen Nr. 3 u. s. f. Bei Nr. 1000 sind 54 000 Stiche gemacht. Mit 54 000 Stichen (=1000 Nummern) kann man unter Umständen, wenn der Stich sehr lang ist, bis zu 300 Meter Tresse oder Soutache versteppen. Für 300 Meter Tresse bekommt der Sticker nach der jetzigen Kalkulation 3,00 Mk., also müßte man bei Tresse- oder Soutachesteppen für 1000 Nummern auch 3,00 Mk. bekommen, ebenso bei Tambour. Bei Schnur- und Dickstich, wo man erstens mehr zu spulen hat und zweitens auch nicht so schnell steppen kann, müßte man dementsprechend mindestens für 1000 Nummern 4,50 Mk. verlangen. Bei Flachstich, womit meistens nur Effekte gesteppt, also viel Enden gemacht werden, pro 1000 Nummern 5,50 Mk. und bei Perlen 6,50 Mk. pro 1000 Nummern. Kollegen und Kolleginnen, das ist die Preisskala, nach der ihr euch fürs erste bei dem Kalkulieren nach der Stichzähluhr zu richten habt! Es kann sich jeder selbst ausrechnen, daß er unter diesen Sätzen nicht arbeiten kann, weil schon die Preise zurzeit so äußerst niedrige sind. Lassen sich die Kollegen nichts anderes einreden! Wenn von irgend einer Seite der Versuch gemacht werden sollte, sei es vom Chef, vom Agenten der Fabrik oder von sonst jemand; wenn einem Kollegen gegenüber der Wunsch geäußert wird, von jetzt an mit der Stichzähluhr zu arbeiten und auch danach zu kalkulieren, so probiere sich's jeder ruhig aus, und er wird finden, daß die Bezahlung nicht eine niedrigere als angegeben sein darf. K.

Mitteilungen aus Fachkreisen.

Berlin. (Berichtigung.) Infolge eines Versehens sind in dem letzten Versammlungsbericht die Namen der fünf Revisoren zum Zentralvorstande an Stelle der unbesoldeten sechs Zentralvorstandsmitglieder gesetzt worden. Die Namen der sechs unbesoldeten Vorstandsmitglieder lauten: Letzien, Dörr, Burghardt, Müller, Stalinski, Herzer.

Bielefeld. Am Sonnabend den 5. Mai fand unsere Generalversammlung im Lokale des Herrn Freese, Heeperstraße, statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht von der Generalversammlung in Mühlhausen i. Th.; 2. Abrechnung vom 1. Quartal 1906, 3. Werkstattangelegenheiten; 4. Verschiedenes. Kollege Castrup erstattete den Bericht von der Generalversammlung. Die Versammlung erklärte sich mit den Beschlüssen einverstanden und nahm in Bezug auf Annahme des Antrages 142 folgende Resolution einstimmig an: „Die heutige Mitgliederversammlung der Filiale Bielefeld spricht den Wunsch aus, der Zentralvorstand möge baldigst Stellung nehmen zur Anstellung eines Geschäftsführers für die Filiale Bielefeld und Umgegend." Die Versammlung verpflichtet sich, Einrichtungen zu treffen, um die Kosten für den Geschäftsführer in späterer Zeit aus eigenen (lokalen) Mitteln bestreiten zu können. Die Abrechnung vom 1. Quartal gab hierauf der Kollege Müller. Aus derselben heben wir hervor: Kassenbestand am Schluß des 4. Quartals 1905 278,14 Mk., für 177 Beitritte 53,10 Mk., für 2421 Beiträge à 30 Pf. 726,30 Mk., für 5851 Beiträge à 20 Pf. 1170,20 Mk., 4 Extrabeiträge à 20 Pf. 80 Pf., 4 Extrabeiträge à 10 Pf. 40 Pf., Ueberschuß der Weihnachtsfeier 65,09 Mk.; Gesamteinnahme 2293,97 Mk. Die Ausgabe beträgt insgesamt 1688,43 Mk. Bleibt ein Kassenbestand von 605,54 Mk. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des 4. Quartals 1905 657, am Schluß des 1. Quartals 774; über 80 Neuaufnahmen sind schon für dieses 2. Quartal gemacht worden, sodaß unsere Mitgliederzahl jetzt über 800 beträgt. Die Kollegen ersehen hieraus, daß es bei uns immer weiter voran geht. Rechnen wir zu der Zahl von Bielefeld die Filiale Brackwede hinzu, so haben wir hier doch schon ziemlich 1000 Mitglieder organisiert, Tausende sind aber noch vorhanden, die für die Organisation gewonnen werden können. Unter dem Punkt „Werkstattangelegenheiten" wurde zunächst das Verhalten der Firmeninhaber C. A. Delius u. Söhne besprochen. Bei dieser Firma haben die dort beschäftigten Arbeiterinnen (es werden vornehmlich weibliche Personen in dieser Seidenweberei beschäftigt) eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10½ auf 10 Stunden erreicht. Außerdem ist den Winderinnen eine kleine Lohnerhöhung bewilligt worden. Diese Anerkennung der berechtigten Forderungen seitens der Firma ist aber dem Werkführer Blume und dem Webmeister Gehring nicht nach dem Strich; diese hätten lieber gesehen, wenn die Mädchen immer hübsch nach ihrer Pfeife getanzt hätten. Als die Mädchen (es wird auch ein großer Teil verheirateter Frauen beschäftigt) so unverfroren waren ihre Wünsche, welche sie diesen beiden Vorgesetzten wiederholt vorgetragen hatten, direkt bei dem Chef, Herrn Erich Delius, vorzutragen, mit dem Erfolg, daß auch die Wünsche befriedigt wurden, da kannte die Wut dieser Herren keine Grenze. Es ist auch arg, daß die Frauen auch ein Recht zu haben glauben, Wünsche zum Ausdruck zu bringen! Die Arbeiterinnen sollten anscheinend für ihre Kühnheit büßen, und es hagelte bei den Winderinnen denn auch Strafe auf Strafe. Während sonst 50 Gramm und mehr Verlust bei 1 Kilogramm Seide nicht angerechnet wurden, setzt es jetzt bei diesem Quantum 50 Pf. bis 1 Mk. Strafe. Jedes kleine Vergehen wird mit 50 Pf. bis zu 1 Mk. Strafe bedacht. Daß dieses die Arbeiterinnen empörte, ist wohl verständlich. Aber auch sonst hatten sich die Kolleginnen über manches zu beklagen. Es wurde deshalb vom Vorstand eine schriftliche Eingabe an den Chef der Firma gemacht und um Abhilfe der Beschwerden ersucht. Die Antwort war eine indirekte an die Arbeiterinnen, indem man ein neues Strafsystem einführte. Das Zusammenstehen, der zu lange Aufenthalt mehrerer in der Nähe des Aborts wurde mit 1 Mk. bestraft. Nicht lange dauerte es und die Plakate mit den Strafverfügungen waren beseitigt. „10 M. Belohnung demjenigen, der uns den Täter nachweist, der die Plakate abgerissen hat," war dann an allen Ausgängen zu lesen. Wenn wir auch damit gerade nicht einverstanden sind — daß man die Plakate abgerissen hat, besser wäre es gewesen, derartige Ergüsse von Unternehmerhochmut mit Mißachtung zu behandeln — den Judaslohn zu verdienen hat sich aber doch noch keiner bereit gefunden. Wir möchten Herrn Delius raten, auf die Beschwerden und Wünsche der Arbeiterinnen mehr einzugehen; er wird selber finden, daß er am besten dabei wegkommt. Die Zeit, wo man mit den Arbeiterinnen nach Willkür umspringen konnte, ist vorbei; auch diese kommen zur Einsicht, daß sie vom Unternehmertum gleich den männlichen Arbeitern ausgebeutet werden. Das Gefühl der Gleichberechtigung ist in ihnen erwacht, und sie werden für die Anerkennung der letzteren kämpfen. — Auch die Gebrüder Hellmann, Inhaber einer Dampfwäscherei und Fabrik für Textilverwertung, scheinen den Begriff Arbeiterrecht noch schlecht zu verstehen. Vor einigen Wochen waren dort Differenzen ausgebrochen, die durch Vermittlung unseres Vorsitzenden zu beiderseitiger Zufriedenheit erledigt wurden. Aber leider nicht auf lange Zeit. Der jüngere Bruder erklärte, weil der ältere nicht anwesend war, auch im Namen seines Bruders die Zustimmung zu der geringen Forderung, Bezahlung der vollen zehn Stunden am Sonnabend. Er machte auch sonst noch kleine Zugeständnisse. Später haben beide das Versprechen vergessen. Bei neueinführung von Akkordarbeit hatte Herr Hellmann nach seiner Ansicht den Lohn zu hoch kalkuliert. Die betreffenden Arbeiterinnen arbeiteten den Akkord aus, und bei der Lohnzahlung erhielten sie den horrenden Tagelohn von 1,70 Mk. ausgezahlt. Auf die Beschwerde der betreffenden Kolleginnen hin erklärte Herr H. einfach: „Wenn ihr den Akkord ausbezahlt haben wollt, seid ihr entlassen; für den Lohn könnt ihr weiterarbeiten." Die Kolleginnen haben dann das erstere vorgezogen, wenigstens eine davon, und hat am Gewerbegericht ihr Recht gesucht und gefunden. In diesem Betriebe werden die schlechtesten und schmutzigsten Arbeiten der Textilindustrie ausgeführt. Aber Löhne werden dort gezahlt, welche unter aller Würde sind: 1,40 bis 1,70 Mk. für Frauen und Mädchen, 2 bis 2,50 Mk. für Männer. Auch den Herren Hellmann wird noch zum Bewußtsein kommen, daß man mit den Rechten der Arbeiter nicht so willkürlich umspringen darf. Heute wird ihr Betrieb noch von den rückständigsten Arbeitern aufgesucht; es wird dafür gesorgt werden, daß dieses „Paradies" bald jedem im richtigen Licht erscheint. — Die Kollegen und Kolleginnen ersehen hieraus, daß uns noch eine große Aufgabe gestellt ist: unsere Organisation zu erweitern und zur Anerkennung zu bringen. Tue jeder seine Pflicht; sei jeder Agitator mit für unsere gerechte Sache, dann wird auch der Textilarbeiterverband hier am Orte bald die Stellung einnehmen, die ihm gebührt! Vorwärts! muß unsere Losung sein. Vorwärts immer! Rückwärts nimmer!

Posamentiererbewegung.

Elberfeld-Barmen. Sechs Wochen währt bereits der Streik der Posamentiergehilfen des Wuppertals und noch ist es zu keiner Einigung gekommen. Um nochmals zu vermitteln, begaben sich die Geschäftsführer von Elberfeld und Barmen zu Herrn Schubert, dem Vorsitzenden der neugebackenen Fabrikantenvereinigung von Rheinland und Westfalen. Jedoch wurde ihnen hier kurz mitgeteilt, daß er unter keinen Umständen mit Organisationsvertretern verhandele, weil er garnicht einsehe, zu welchem Zwecke die Posamentiergehilfen einer Organisation anzugehören haben. Das Posamentenmachen wäre ein Handwerksbetrieb und da müßte das alte Verhältnis, der Gesellenverein, protektioniert werden. Das wäre nach Herrn Schubert die rechte Instanz, das Gleichgewicht wieder herzustellen. Am Schlusse der Unterredung änderte er sodann seine Ansicht dahin, eventuell mit einer Gehilfenkommission zu verhandeln. Auch diesem wurde stattgegeben. Als die Kommission sodann vorsprach, waren Herrn Schubert die Personen wieder nicht maßgebend. Es ist hieraus zu ersehen, daß die Leute den Frieden nicht wollen; sie glauben vielmehr, die Gehilfen wären am Ende ihres Lateins angekommen und würden nun bedingungslos die Arbeit wieder aufnehmen; da haben sich die Herren aber diesmal gründlich verrechnet. Ohne Zugeständnisse kein Frieden! Die Gehilfen haben im Laufe des Streiks so recht den Wert der Organisation kennen gelernt und werden den Meistern zeigen, daß man nicht ohne weiteres darüber hinweggehen kann. Das schönste an der ganzen Sache ist: für die Gehilfen braucht keine Organisation zu existieren, die Meister dagegen gründen schnell eine, damit sie besser gestützt sind. Das ist auch eine Logik. Jedenfalls werden die Meister noch viel lernen müssen. Was die streikenden Kollegen selbst anbetrifft, so kommen nur noch neun in Betracht. Die andern sind alle abgereist. Für die Kollegen auswärts gilt aber so recht das Mahnwort: Haltet den Zuzug nach dem Wuppertal fern, damit es auch in den Köpfen der Posamentiermeister recht bald zu dämmern anfange!

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Eine Einigung ist erzielt worden zwischen der Firma Biesolt u. Locke in Meißen und deren streikenden Arbeitern. Bekanntlich bildeten die Differenzen in diesem Betriebe den Ausgangspunkt des großen Kampfes in der Metallindustrie der Kreishauptmannschaft Dresden.

Die Holzarbeiter in Waldheim, Hartha, Leisnig, Schweikershain, Geringswalde, Döbeln, Neuwallwitz befinden sich immer noch in Aussperrung und Streik.

Aussperrung der Buchbinder in Leipzig. Hier wurden in den Dampfbindereien 700 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt, weil sie die Anfertigung von Streikarbeit für Berliner Firmen verweigerten, die wegen der Maifeier Aussperrungen ihres Personals vorgenommen hatten.

9000 Hafenarbeiter sind in Hamburg ausgesperrt worden. Die Aussperrung ist eine Folge der erfreulichen Tatsache, daß die Hafenarbeiter fast einmütig an der Maidemonstration teilnahmen.

Massenaussperrungen. Von den Metallindustriellen wurden in Witkowitz, Wiener-Neustadt, Mürzzuschlag und Königshof 17 800 Metallarbeiter wegen der Feier des 1. Mai ausgesperrt.

In Asch sind 800 Textilarbeiter wegen der Maifeier beschäftigungslos geworden.

In Sarajevo steht die gesamte Arbeiterschaft im Streik. Die Gendarmerie schoß in die Menge, wodurch 5 Personen getötet und 17 schwer verletzt wurden.

Die Schuhmacher stehen in Teplitz, Gablonz, Prag und Friedland in einer Lohnbewegung.

In Pilsen sind 1000 Bauarbeiter ausgesperrt.

Die Bauarbeiter Wiens haben beschlossen, den Unternehmern die Forderung auf Einführung eines Minimallohnes von 5 Kronen und die Anerkennung der Vertrauensmänner zu überreichen. In der Versammlung wurde darauf verwiesen, daß es zu großen Kämpfen kommen kann.

In Königshof streiken 3000 Metallarbeiter.

Eine Viertelmillion Arbeiter im Streik. Die Streikbewegung in Frankreich, die mit der Achtstundenagitation der Arbeitskonföderation eingeleitet worden ist, nimmt immer gewaltigere Dimensionen an. In Paris allein sind jetzt über 150 000 Arbeiter im Ausstand. Allgemein ist der Streik in der Metallindustrie (etwa 35 000 Ausständige), im Baugewerbe (60 000), Wagenbau und Nebengewerbe (29 000). Von den Erdarbeitern stehen rund 10 000 im Streik, von den Typographen 3000 (die übrigen haben zumeist ihre Forederungen durchgesetzt), der größte Teil der Holzarbeiter, darunter besonders die Möbeltischler und Bildhauer. Die Elektrizitätsarbeiter haben gestern den Generalstreik beschlossen. Die Bewegung bei den Schneidern ist stark im Zunehmen. Die Schneider fordern den Zehnstundentag und eine Lohnerhöhung von 5 Centimes für die Stunde. Eine Reihe großer Firmen hat die Forderung bewilligt. Die Tischler werden wohl den Neunstundentag erobern. Erfolge haben auch schon die Mechaniker erzielt. Die Unternehmer der Automobilindustrie haben die Arbeiter ausgesperrt und sich gegenseitig verpflichtet, keinerlei Konzession zu machen. Diese Industrie beschäftigt in Paris etwa 25 000 Arbeiter. Das Ende dieses Konfliktes ist nicht abzusehen. — Auch in der Provinz ist die Bewegung im Wachsen. In Lyon streiken etwa 15 000 Arbeiter. Die Unternehmer der Seidenindustrie planen eine Riesenaussperrung, die weitere 30 000 betreffen würde. In Toulon haben die Arsenalarbeiter den Streik abgelehnt. In der Industriearbeiterschaft ist die Kampfluft ungeschwächt. In St. Etienne gerät ein Gewerbe nach dem anderen in Bewegung. Und ähnlich ist es in allen Teilen des Landes.

(„Vorwärts".)

Die Spinnereiarbeiter der Firma Weiß jun. u. Ko. in Langensalza sind in eine Bewegung eingetreten. Die Forderungen, die am 15. Mai eingereicht wurden, sind folgende:

1. Für Spinner und Komvanniespinner ein Mindestlohn von 24 Mark, für Ansetzer von 16—17 Jahren 50 Prozent von 24 Mk. = 12 Mk., für solche von 17—18 Jahren 55 Prozent = 13,20 Mk., von 18—20 Jahren 65 Prozent = 15,60 Mk., von 20—23 Jahren 70 Prozent = 16,80 Mk., von 23—25 Jahren 75 Prozent = 18 Mk., für Ansetzer über 25 Jahre 80 Prozent = 19,20 Mk.

Für Saalarbeiter ein Mindestlohn von 18 Mk.

2. Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, an Stelle der jetzt bestehenden zwölfstündigen. (Sonnabend halb 6 Uhr Feierabend.)

3. Aushängung eines Lohntarifes.

4. Bessere Behandlung der Arbeiter seitens des Aufsichtspersonals.

5. Ueberstunden werden mit 25 Prozent Lohnzulage vergütet.

6. Freigabe des 1. Mai als Feiertag.

Antwort wird bis zum 1. Juni verlangt.

Aufruf!

An die Spinner Deutschlands!

Kollegen! Die erfolgreichen Lohnkämpfe in den verschiedensten Gewerkschaften größerer und kleinerer Städte zwingen uns, an die gesamten Spinner Deutschlands zu appellieren, um auch endlich in unserem Berufe die wirtschaftlichen Verhältnisse einer Aufbesserung zu unterziehen. Laßt eure Gleichgültigkeit beiseite, tretet ein in unsern Verband, werdet treue Mitglieder und Gewerkschaftskämpfer! Was in den andern Gewerkschaften möglich ist, kann bei uns erst recht sein. Kollegen, glaubt ihr, daß ihr so leicht zu ersetzen seid? Oder ist die Reservearmee bei uns eine so große? Keines von beiden ist der Fall. In einer Anzahl Städte haben sich unsere Kollegen schöne Erfolge erkämpft (Zehnstundentag, Mindestlohn), aber die Erfolge waren nur mit Hilfe der Organisation möglich. Die mörderisch lange Arbeitszeit, die schlechte Bezahlung sind die Hauptsachen, welche wir beseitigen müssen. Das kann nur geschehen, wenn wir uns alle organisieren.

Kollegen! Wir leben in einer Zeit, wo der Erwerb jeder anderen menschlichen Regung voransteht, wo es heißt, Gewinn zu erzielen um jeden Preis. Denn die Anforderungen, die das heutige Leben an den einzelnen stellt, werden immer größer, der „Kampf ums Dasein" erfordert rastloses Ringen, das Tagewerk verlangt intensive Arbeitskraft. Die lange Arbeitszeit, bunte und schlechte Garne, mangelhafte Ventilation, schnellerer Gang der Maschinen reiben unsere Kräfte frühzeitig auf.

Kollegen! Hütet euch vor Erschöpfung eurer Arbeitskraft! Die Organisation ist die Waffe zur Erkämpfung menschenwürdiger Existenzbedingungen, sie ist der Schutzwall gegen die Unterdrückungsgelüste unserer reaktionären Textilbarone. Deshalb hinein in euren Verband! Werbet unablässig neue Kämpfer, damit unsere Organisation nach innen und außen gestärkt wird!

Der Zweck dieser Zeilen soll sein, die Spinner überall zu veranlassen, Stellung zu nehmen, um die Abhaltung einer **Konferenz der Spinner Deutschlands** zu ermöglichen. Deshalb regt die Frage an in euren Versammlungen, damit auch in Spinnerkreisen der Wert und Nutzen der Organisation besser erkannt wird und die Spinner das werden, was sie längst sein müssen. Die Sturmkolonne unseres Verbandes.

Kollegen! Laßt diesen Ruf nicht ungehört verhallen! Schart euch um die Fahne der Organisation! Sorgt mit dafür, daß die Zahl der Mitglieder die 100 000 bald erreicht. Die Kollegen, Gauleiter, Vertrauensmänner und Vorstände werden ersucht, die obige Frage eifrig in Spinnerkreisen zu erörtern.

Im Auftrag der Spinner Leipzigs und Umgegend:

Moritz Hermsdorf, Leipzig-Kleinzschocher, Baumannstraße 7.

Etwaige Mitteilungen und Anfragen wolle man an den Unterzeichneten richten.

Bekanntgaben.

Achtung! Geschäftsführer gesucht.

Für die Einzelmitglieder in **Zittau i. S.** wird ein Geschäftsführer gesucht. Anfangsgehalt 1200 Mk. pro Jahr. Antritt per 1. Juli 1906. Bewerbungsschreiben sind mit der Aufschrift „Offerte" bis spätestens 1. Juni 1906 an C. Hübsch, Berlin, Andreasstraße 61, zu richten.

Gau Nord-West.

Sonntag den 10. Juni, vormittags 9 Uhr, findet in Bremen im Vereinshaus, Hankenstraße 21/22:

Gaukonferenz

statt. Tagesordnung: 1. Die Beschlüsse der Generalversammlung. 2. Streiks und Lohnbewegungen im Bezirk. 3. Wahl eines Gauleiters. 4. Anträge.

Anträge müssen bis spätestens 5. Juni bei Unterzeichnetem eingereicht sein. Ueber die Zahl der zu entsendenden Delegierten und die Bildung von Wahlbezirken wird den Kollegen briefliche Mitteilung gemacht werden.

Der Gauvorstand. H. Jäckel.

Zentralverband Deutscher Textilarbeiter.

Friedland. Das Mitgliedsbuch Nr. 231944, auf Paul Albrich lautend, eingetreten am 8. April 1905 in Friedland, ist verloren gegangen und bei seinem Auftauchen einzuziehen.

Filiale Krefeld. Am Sonntag den 27. Mai findet die letzte Bücher-Ausgabe statt. Sämtliche ausgeliehenen Bücher müssen bis zum 10. Juni eingeliefert sein. Die Zentralbibliothek wird am 1. Oktober im Lokale „Neuen" eröffnet.

Die Verwaltung. J. A.: Pet. Wingen.

Nowawes. Ausgeschlossen aus dem Verbande wurde auf Grund des § 4, Absatz b Gustav Tannert, Stamm-Nummer 293924.

Plauen, Filiale I. Um denjenigen Kollegen, bei welchen nicht kassiert wird oder die auswärts wohnen, entgegenzukommen, werden von jetzt ab jeden Sonnabend abend im Restaurant Tulpe, Blumenstraße 4, Marken und Blätter ausgegeben. Man wende sich an den Wirt.

Die Verwaltung.

Weida. Hier ist am 1. Mai eine Zentralherberge eröffnet worden. Dieselbe befindet sich im „Thüringer Hof", Wilhelmsplatz 28. Daselbst wird auch die Reiseunterstützung sowie das Lokalgeschenk ausgezahlt. Also nicht bei dem Kassierer.

Ergebnis einer Umfrage in Crimmitschau die Arbeitszeit 2c. betreffend.

Das Material wurde aus 85 Betrieben gewonnen. Aus 6 Betrieben waren die ausgegebenen Fragebogen zur Zeit noch nicht eingegangen.

Aus den aus 85 Betrieben eingegangenen Fragebogen ging zunächst hervor, daß 37 Betriebe mit Spinnerei, Weberei, Appretur und Färberei, 16 mit Spinnerei und Färberei, 2 mit Spinnerei und Weberei, 4 mit Spinnerei, Weberei und Appretur, 1 mit Weberei und Appretur, 1 mit Zwirnerei und Färberei, 10 mit Spinnerei, 1 mit nur Weberei, 9 mit nur Färberei, 2 mit Reißerei, sowie 2 Hülsenfabrikationsbetriebe vorhanden waren.

Die Arbeitszeit wurde verkürzt:

In	6 Fällen	3	Stunden pro Woche	in der Spinnerei
„	51 „	1½	„ „ „	„ „
„	1 „	2	„ „ „	„ „
„	2 „	1	„ „ „	„ „
„	2 „	¾	„ „ „	„ „
„	1 „	1¼	„ „ „	„ „
„	1 „	4¼	„ „ „	„ „
„	41 „	1½	„ „ „	„ „ Weberei
„	2 „	2	„ „ „	„ „ „
„	1 „	2¼	„ „ „	„ „ „
„	39 „	1½	„ „ „	„ „ Appretur
	1 „	2	„ „ „	„ „ „
	1	1	„ „ „	„ „ „
	43	1½	„ „ „	„ „ Färberei
„	3 „	1	„ „ „	„ „ „
„	1 „	3	„ „ „	„ „ „
	2 „	2	„ „ „	„ „ „
	1 „	4½	„ „ „	„ „ „

Eine Verkürzung der Arbeitszeit hat nicht stattgefunden:

In 6 Fällen der Spinnerei
1 „ nicht zu ersehen
„ 2 „ eine Verlängerung um 3 Stunden per Woche
1 „ der Weberei
„ 1 „ der Appretur
„ 8 „ der Färberei.

Da nun infolge der nachgelassenen Arbeitszeit in verschiedenen Betrieben der Abendschluß an Sonnabenden, sowie Vorabenden von Festtagen verlängert, weiter die Wasch-, Frühstücks- und Vesperpausen beschnitten worden sind, lassen wir deren Ergebnis ebenfalls, nach Kategorien geordnet, folgen.

Der Arbeitsschluß an Sonnabenden, sowie an Vorabenden von Festtagen wurde verlängert:

In	3 Fällen	30	Minuten pro Tag	der Spinnerei
„	2 „	15	„ „ „	„ „
„	1 Falle	30	„ „ „	Weberei
„	1	15	„ „ „	„
„	1	45	„ „ „	Appretur
„	1	30	„ „ „	„
„	1	15	„ „ „	„
„	1	30	„ „ „	Färberei.

Die Frühstückspausen wurden gekürzt:

In	1 Falle	um 5	Minuten pro Tag	in der Spinnerei
„	4 Fällen	„ 15	„ „ „	„ „
„	1 Falle	„ 5	„ „ „	„ Weberei
„	1 „	5	„ „ „	„ Appretur
„	3 Fällen	„ 15	„ „ „	„ Färberei
„	3 „	5	„ „ „	„ „

Die Vesperpausen wurden gekürzt:

In 2 Fällen 15 Minuten pro Tag in der Spinnerei
„ 1 „ 20 „ „ „ „ „
„ 5 „ 15 „ „ „ „ Färberei

Die Waschpausen wurden gekürzt:

In	7 Fällen	um 10	Minuten pro Tag	in der Spinnerei
„	2 „	„ 5	„ „ „	„ „
„	6 „	„ 10	„ „ „	„ Weberei
„	1 „	„ 5	„ „ „	„ „
„	6	10	„ „ „	„ Appretur
„	2 „	5	„ „ „	„ Färberei

Nach Beschneidung der verschiedenen Pausen gestaltet sich die verkürzte Arbeitszeit wie folgt:

In	45 Fällen	1½	Stunde	pro Woche in der Spinnerei
„	6 „	½	„	„ „ „
„	2 „	¾	„	„ „ „
„	2 „	1 St. 10 Min.		„ „ „
„	2 „	1 Stunde		„ „ „
„	1 Falle	1 St. 15 Min.		„ „ „
„	6 Fällen	3 Stunden		„ „ „
„	1 Falle	4¼ „		„ „ „
„	7 Fällen	hat keine Verkürzung stattgefunden		
„	2 „	„ eine Verlängerung um 3 Stunden stattgefunden.		

Die Verkürzung der Arbeitszeit, nach Beschneidung der verschiedenen Pausen in der Weberei, beträgt:

In	34 Fällen	1½	Stunde	pro Woche in der Weberei
„	5 „	½	„	„ „ „
„	1 „	1	„	„ „ „
„	1	2½	„	„ „ „
„	2 „	1 St. 10 M.		„ „ „
„	1 „	hat eine Verkürzung nicht stattgefunden.		

In	32 Fällen	1½	Stunde	pro Woche in der Appretur
„	5 „	½	„	„ „ „
„	2 „	1	„	„ „ „
„	1 „	2½	„	„ „ „
„	1 „	hat eine Verkürzung nicht stattgefunden.		

In	38 Fällen	1½	Stunde	pro Woche in der Färberei
„	4 „	½	„	„ „ „
„	2 „	2	„	„ „ „
„	1 „	4½	„	„ „ „
„	2 „	3	„	„ „ „
„	1 „	2½	„	„ „ „
„	9 „	hat eine Verkürzung nicht stattgefunden.		

Zu bemerken ist, daß in allen Fällen, wo die Arbeitszeitverkürzung über 2 Stunden beträgt, früher Frühstückspause nicht bestanden hat.

Die Arbeitszeit beträgt:

In	70 Fällen	10½	Stunden pro Tag	in der Spinnerei
„	1 Fall	10¾	„ „ „	„ „
„	1 „	10¼	„ „ „	„ „
„	1 „	10 St. 25 Min.	„ „ „	„ „
„	1 „	10 „ 10 „	„ „ „	„ „
„	1 „	10 Stunden	„ „ „	„ Zwirnerei
„	1 „	10¾	„ „ „	„ Hülsenfabrik
„	42 Fällen	10½	„ „ „	„ Weberei
„	2 „	10 St. 25 Min.	„ „ „	„ „
„	1 Fall	10 „ 10 „	„ „ „	„ „
„	40 Fällen	10½	Stunden „ „ „	„ Appretur
„	1 Fall	10 St. 25 Min.	„ „ „	„ „
„	1 „	10 „ 10 „	„ „ „	„ „
„	54 Fällen	10½	Stunden „ „ „	„ Färberei
„	1 Fall	10 St. 25 Min.	„ „ „	„ „
„	3 Fällen	10¼	Stunden „ „ „	„ „
„	2 „	10¾	„ „ „	„ „
„	1 Fall	10	„ „ „	„ „

Laut der eingegangenen Fragebogen sind die Pausen wie folgt:

Mittagspause	in 67 Fällen	1¼	Stunde pro Tag	in der Spinnerei
„	„ 6 „	1	„ „ „	„ „ „
„	„ 2 „	1½	„ „ „	„ „ „
Mittagspause	in 45 Fällen	1¼	Stunde pro Tag	in der Weberei
„	„ 42 „	1¼	„ „ „	„ Appretur
„	„ 54 „	1¼	„ „ „	„ Färberei
„	„ 7 „	1	„ „ „	„ „
Frühstückspause	in 67 Fällen	15	Minuten pro Tag	in der Spinnerei
„	„ 5 „	30	„ „ „	„ „
„	„ 2 „	20	„ „ „	„ „
„	„ 1 „	gibt es keine		
Frühstückspause	in 42 Fällen	15	Minuten pro Tag	in der Weberei
„	„ 3 „	20	„ „ „	„ „
„	„ 40 „	15	„ „ „	„ Appretur
„	„ 2 „	30	„ „ „	„ „
„	„ 55 „	15	„ „ „	„ Färberei
„	„ 4 „	30	„ „ „	„ „
„	„ 1 „	20	„ „ „	„ „
Vesperpause	in 3 Fällen	15	Minuten pro Tag	in der Spinnerei
„	„ 6 „	15	„ „ „	„ Färberei
Waschpausen	in 34 Fällen	5	Minuten pro Tag	in der Spinnerei
„	„ 9 „	10	„ „ „	„ „
„	„ 3 „	3	„ „ „	„ „
„	„ 7 „	7	„ „ „	„ „
„	„ 18 „	gibt es keine		
Waschpausen	in 16 Fällen	5	Minuten pro Tag	in der Weberei
„	„ 7 „	10	„ „ „	„ „
„	„ 5 „	3	„ „ „	„ „
„	„ 2 „	7	„ „ „	„ „
„	„ 9 „	gibt es keine		
„	„ 4 „	nicht zu ersehen		
Waschpausen	in 22 Fällen	5	Minuten pro Tag	in der Appretur
„	„ 4 „	7	„ „ „	„ „
„	„ 6 „	10	„ „ „	„ „
„	„ 3 „	3	„ „ „	„ „
„	„ 4 „	gibt es keine		
„	„ 3 „	nicht zu ersehen		
Waschpausen	in 27 Fällen	5	Minuten pro Tag	in der Färberei
„	„ 7 „	7	„ „ „	„ „
„	„ 5 „	3	„ „ „	„ „
„	„ 13 „	10	„ „ „	„ „

Da die Lohnzulagen infolge der verkürzten Arbeitszeit zum größten Teil in Aufrechnung gebracht worden sind, ist eine vollständige Uebersicht über eine wirkliche Erhöhung der Löhne, mit Ausnahme einiger Webereien, bis dato noch nicht genau zu geben. Doch werden wir später noch Bericht darüber erstatten.

Versammlungskalender.

Versammlungen des Zentral-Verbandes Deutscher Textilarbeiter.

Augsburg-Pfersee. Sonnabend (Samstag) den 26. Mai.
Barmen-Lichtenplatz. Sonnabend (Samstag) den 26. Mai.
Bernau. Sonnabend den 26. Mai, abends 9 Uhr, im „Schützenhaus".
Callenberg bei Waldenburg. Sonnabend den 27. Mai, nachmittags 4 Uhr, im „Felsenkeller".
Delmenhorst. Sonntag den 27. Mai, nachmittags halb 3 Uhr, bei Waschkau.
Düsseldorf. Montag den 28. Mai, abends halb 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus".
Elberfeld. (Kartenschläger.) Sonnabend den 26. Mai abends 9 Uhr, bei Sauerzopf, Bachstraße.
Glauchau. Sonnabend den 26. Mai, abends 9 Uhr, im „Weißen Roß".
Görlitz. Sonnabend den 26. Mai, abends halb 9 Uhr, im „Felsenkeller", Sonnenstraße 5.
Gößnitz. Sonnabend den 26. Mai, abends 9 Uhr, im „Heitern Blick" (Birkner).
Grünberg. Sonnabend den 26. Mai, abends 8 Uhr, in Bärs Saal.
Hamburg. (Posamentierer.) Sonnabend den 26. Mai, abends halb 9 Uhr.
Hechingen. Sonnabend (Samstag) den 26. Mai.
Hilden. Montag den 28. Mai, abends 7 Uhr, bei Kröll.
Kirchberg. Sonntag den 27. Mai, nachmittags 5 Uhr, im „Tivoli".
Köln a. Rh. Sonnabend den 26. Mai, abends 9 Uhr, im „Volkshaus", Sewerinstraße 197/199.
Limbach. Sonnabend den 26. Mai, abends halb 9 Uhr, im „Johannisbad".
Netzschkau. Sonnabend den 26. Mai, abends halb 9 Uhr, im „Bayrischen Hof."
Oschatz. Sonnabend den 26. Mai, abends halb 9 Uhr, im „Deutschen Haus": Zahltag.
Plauen i. V. Sonnabend den 26. Mai im „Schillergarten".
Ronneburg. Freitag den 25. Mai, abends halb 10 Uhr, im „Fürstenkeller".
Rousdorf. Sonnabend den 26. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Otto Becker.
Schmölln. Mittwoch den 30. Mai, abends halb 9 Uhr, in der „Sonne".
Schwaig. Sonnabend (Samstag) den 26. Mai, abends 8 Uhr, in der „Post".
Schwarzenbach. Sonntag den 20. Mai, nachmittags 4 Uhr, bei Köppel: Bericht von der Generalversammlung.
Schwiebus. Sonntag den 27. Mai, nachmittags 4 Uhr, bei Gondolatsch.
Süchteln. Sonntag den 27. Mai, abends 6 Uhr, bei Karl Hurtmanns, Beckstraße.
Zeitz. Sonnabend den 26. Mai, abends halb 9 Uhr, im „Felsenkeller", Fabrikstraße.

Sonstige Zusammenkünfte.

Berlin. (Für Moabit.) Gotzkowskystraße 24 im Lokal: Zahlstelle.
Berlin-Weißensee. Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Content, Lehder Straße 5: Zahltag.
Berlin. Jeden Freitag, abends von 7 bis 10 Uhr, bei F. Kubat, Blumenstraße 38: Zahltag.
Berlin. (Sektion der Dekateure.) Jeden Sonnabend, abends von 7 bis 8 Uhr, bei Vollmann, Alte Jakobstraße 69: Zahltag.
Berlin. (Sektion der Sticker.) Jeden Sonnabend, abends von halb 6 bis 7 Uhr, bei Engel, Seydelstraße 30: Zahltag.
Berlin. (Sektion Rixdorf.) Jeden Sonnabend, abends von halb 6 bis 7 Uhr, bei Kerger, Zietenstraße 81: Zahltag.
Berlin. (Für Charlottenburg.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Hamann, Marchstraße 23: Zahltag.
Gebweiler. (Einzelmitglieder.) Montag den 28. Mai.

Erscheinen aller in allen Versammlungen notwendig!

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse

für Textilarbeiter und Arbeiter andrer Berufe beiderlei Geschlechts (E. H. 12, Sitz Chemnitz).

Kassenbericht vom April 1906.

Einnahme: 1. Kassenbestand 81 082,51 Mk. 3. Lechhausen 100 Mk. 3. Elberfeld 100 Mk. 4. Bayenthal 100 Mk. 5. Plagwitz 250 Mk. 8. Capellen 40 Mk. 9. Offenbach 150 Mk. 10. Gautzsch 100 Mk. 10. Zwickau 80 Mk. 10. Meerane 60 Mk. 10. Lörrach 50 Mk. 12. Freiburg 40 Mk. 14. Hahnerberg 100 Mk. 16. Duisburg 100 Mk. 23. Einsiedel 200 Mk. 25. Mockau 100 Mk. 27. Altchemnitz 100 Mk. 28. Barmen 100 Mk. 29. Hilbersdorf 70 Mk. 29. Chemnitz 150 Mk. 30. Schönefeld 150 Mk. 1. Albert, Plauen 10,65 Mk. 1. Rülke, Burgstädt 3,95 Mk. 2. Walbel, Trier 4,55 Mk. 2. Schnee, München 4,80 Mk. 4. Merz, Vegesack 5 Mk. 5. Thelen, M.-Gladbach 3,60 Mk. 7. Hupe, Rohrsen 4 Mk. 7. Erk, Stadt-Sulza 21 Mk. 9. Müller, Taura 2,10 Mk. 9. Wich, Bayreuth 2,10 Mk. 14. Vogelsang, Jockela 5,60 Mk. 18. Schulze, Plaue 4,55 Mk. 21. Sauerbier, Thale 26,20 Mk. 21. Bilz, Kalk 4,80 Mk. 21. Knäpfer, Frankenberg 5,15 Mk. 21. Fischer, Falkenstein 8,65 Mk. 21. Riemann, Adorf 9,25 Mk. 26. Zippel, Borna 5,45 Mk. 26. Taubert, Glauchau 3 Mk. 27. Müller, Altmittweida 4,90 Mk. 27. Cronen, Düren 21 Mk. 27. Hupe, Rohrsen 1,40 Mk. 30. Wefers, M.-Gladbach 4,85 Mk. 30. Reinecke, Linden-Hannover 6,05 Mk.

Ausgabe: 5. Rondorf 50 Mk. 11. Augsburg 200 Mk. 11. Düsseldorf-Oberbilk 30 Mk. 12. Erlangen 100 Mk. 14. Frankfurt a. M. 50 Mk. 18. Gautzsch 30 Mk. 21. Plagwitz 100 Mk. 27. Stuttgart 20 Mk. 5. Thelen, M.-Gladbach 15,59 Mk. 14. Vogelsang, Jockela 13,84 Mk. 21. Vogelsang, Jockela 12,11 Mk. 26. Taubert, Glauchau 95,32 Mk. 28. Wunderle, M.-Gladbach 54,56 Mk. 28. Hupe, Rohrsen 17,32 Mk. 30. Drucksachen-Konto 30 Mk. 30. Marken-Konto 50 Mk. 30. Porto-Konto 28,85 Mk. 30. Konto besondere Hauptverwaltungskosten 130,13 Mk. 30. Hauptverwaltungskosten 156,85 Mk.

Kassenbestand am 1. Mai 1906: 32 210,54 Mk.

Hermann Chemnitz, Kassierer, **Chemnitz-Gablenz, Bernhardstr. 61, I.**

Wer kann uns den Aufenthalt des **Webers Otto Gipser,** gebürtig aus Gera, Mitgliedsbuch Nr. 180 209, angeben? Wir bitten, das Buch anzuhalten und uns die Adresse des Inhabers zukommen zu lassen. Adresse: Albert Müller, Spinnereistraße 23. **Filiale Bielefeld.**

Geschäftsführer gesucht!

Die Filiale Hof des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes sucht per 1. Juli d. J. einen Geschäftsführer. Bewerber müssen mindestens 2 Jahre dem Verbande angehört haben, selbständig arbeiten können und rednerisch veranlagt sein. Anfangsgehalt pro Monat 120 Mk. Bewerber haben ihre schriftlichen Gesuche bis 10. Juni d. J. an **Emil Liebold, Hof,** Obere Friedrichstraße 7, einzusenden.

Für die Zahlstelle **Neugersdorf i. Sa.** wird zum 1. Juli ein

Lokalbeamter

gesucht. Gehalt 1200 Mk. Bewerber müssen mindestens 3 Jahre dem Deutschen Textilarbeiterverbande angehören und haben eine Abhandlung über die Tätigkeit eines Lokalbeamten unter der Aufschrift „Bewerbung" bis zum 31. Mai an Unterzeichneten einzureichen.
Gustav Zwahr, Neugersdorf i. Sa., Ritterstraße 274 d.

Filiale Cannstatt.

Sonntag den 20. Mai:
Ausflug nach Degerloch und Filder.
Sammeln morgens ½6 Uhr auf dem Wilhelmsplatz. Abmarsch Punkt 6 Uhr. Um zahlreiche Beteiligung der Kollegen und Kolleginnen bittet
Der Vorstand.

Leipzig.
Früh-Partie nach Schkeuditz.
Die Kollegen und Kolleginnen treffen sich morgens ½6 Uhr bei **Josef Glanzmann, Lindenau, Markt 27,** Restaurant „Stadt Altenburg". Abmarsch punkt 6 Uhr. Zahlreiche Beteiligung wünscht **Der Vorstand.**

Achtung! Sagan. Achtung!
Donnerstag den 24. Mai (Himmelfahrtstag):
Mitglieder-Spaziergang nach den Kammlerhöhen.
Zurück von Buchwald mit der Bahn. Abfahrt 11,38, Ankunft 11,54 in Sagan. — Sammelpunkt: **Grätz' Fabrik.** Abmarsch Punkt 6 Uhr
Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Viersen. Achtung!
Sonntag den 27. Mai, vormittags 11 Uhr, bei J. A. Grünwald, Gladbacher Straße 33:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht über die Generalversammlung in Mühlhausen. 2. Diskussion. 3. Anträge der Mitglieder. 4. Verschiedenes.
Die Mitglieder werden ersucht, vollzählig zu dieser Versammlung zu erscheinen. J. A.: **Heinrich Dachauer,** Schriftführer.

Achtung! Weida. Achtung!
Den durchreisenden Kollegen zur Kenntnis, daß die hiesige Arbeiterschaft seit dem 1. Mai eine
Zentral-Herberge
errichtet hat. Dieselbe befindet sich im **Gasthaus „Thüringer Hof",** Wilhelmsplatz Nr. 23. Daselbst werden auch die Reiseunterstützung sowie die Lokalgeschenke verabreicht, nicht bei dem Kassierer.

An die organisierten Textilarbeiter Elberfelds!
Ich bin durch Krankheit gezwungen, meinen Beruf als Fabrikarbeiter aufzugeben und habe deshalb mit dem 1. Mai im Hause Neuenteich 26 ein
Frisier-Geschäft
errichtet. In der Hoffnung, daß die Kollegen mich unterstützen, indem sie mich mit ihrem werten Besuche beehren, zeichne
mit kollegialem Gruß
Ludwig Behrens.

Zum sofortigen oder späteren Eintritt suche tüchtige
Stricker oder Strickerinnen
auf Strümpfe oder Fangarbeit, bei gutem **Verdienst.** Nur solche, die auf dauernde Arbeit rechnen, wollen sich melden.
Ferd. Wulff, Heide i. Holstein.

4 bis 5 tüchtige perfekte Handschuhzuschneider
zu hohen Wochenlöhnen suchen
Max Eisenschiml & Ko., Asch (Böhmen).

Zur bevorstehenden Sommersaison
empfehle mein großes Lager in
Musselinen, wollenen sowie baumwollenen Kleiderstoffen, in schwarz und bunt, zu billigsten Preisen.
Bei Bedarf bittet um gütige Berücksichtigung
Karl Schmidt, Crimmitschau, Zwickauer Str. 12.

Gestorben:

Berlin. Verbandsmitglied Heinrich Schwedts, Weber, 52 Jahre alt. — Proletarierkrankheit.

Crimmitschau. Verbandsmitglied Ida Mathes, 34 Jahre alt. — Proletarierkrankheit.

L.-Kleinzschocher. Am 9. Mai Verbandsmitglied Helene Sidonie Reißmann.

Meerane. Verbandsmitglied Emil Kolbe, 24 Jahre alt. — Blinddarmentzündung.

Neugersdorf. Verbandsmitglieder Hermann Kießling, 37 Jahre alt. — Herzschlag. Josef Münzberg, 19 Jahre alt.

Sulz i. Els. Verbandsmitglied Friedrich Krauß, 43 Jahre alt. — Ertrunken.

Wittgensdorf-Herrenhaide. Verbandsmitglied Hermann Beyer, 54 Jahre alt.

Ehre ihrem Angedenken!

Inhalt (Hauptblatt): Streitfalltafel. — Verbandsausschuß. — Klasse gegen Klasse! — Der Kampf um den Zehnstundentag in Crimmitschau. — Eine neue Aussperrung in Sicht! — Aus dem Reichstage. — Zur Aufklärung! — Mitteilungen aus Fachkreisen. — Posamentierer-Bewegung. — Sticherer-Bewegung. — Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung. — Aufruf an die Spinner Deutschlands! — Bekanntgaben. — Verbands-Mitteilungen. — Das Ergebnis einer Umfrage in Crimmitschau, die Arbeitszeit usw. betreffend. — Versammlungskalender. — Zentral-Kranken- und Begräbniskasse (E. H. 12.) — Inserate — Totenliste. — (Beilage): Die Weber in der Gegenwart. — Das Elend der Textilarbeiter im württembergischen Filstale. — Die Erhebungen über die Heimarbeit. — Ungültige Gewerkschaftssatzungen. — Der Zehnstundentag marschiert in Schlesien. — Mitteilungen aus Fachkreisen. — Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung. — Gewerkschaftliches. — Soziales. — Vermischtes.

Verleger: Clemens Nieweg, Döbeln. — Redakteur: Paul Wagener, Chemnitz. — Drucker: Landgraf & Co., Chemnitz.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zu Nr. 20 des Textil-Arbeiters.

Chemnitz, Freitag den 18. Mai 1906.

Die Weber in der Gegenwart.

Unter diesem Titel hat, wie wir schon in einer früheren Nummer bekanntgaben, Professor Dr. Robert Wilbrandt, Privatdozent an der Universität Berlin, ein Buch herausgegeben, das im Verlage von Gustav Fischer in Jena erschienen ist. Wir haben versprochen, noch einmal auf das Buch zurückzukommen, was hiermit geschieht.

Wilbrandt versucht in dem recht lesenswerten Buche, eine gründliche Untersuchung darüber anzustellen, welchen Umständen die im allgemeinen bedeutend ungünstigere soziale Lage der Weber im Hinblick auf die sozial bessergestellten Arbeiterkategorien geschuldet sei. Er bespricht dann die verschiedenen, schon zur Anwendung gekommenen Mittel, das historisch und sprichwörtlich gewordene Weberelend zu mildern und sucht seinerseits Mittel dafür anzugeben.

Versuchen wir, seine Gedankengänge verkürzt wiederzugeben.

Prof. Wilbrandt sucht nach dem historischen Untergrund für das Weberelend. Er knüpft an Gerhard Hauptmanns „Weber" an. Das Drama sei eine geschichtlich treue Wiedergabe der aktenmäßig nachweisbaren Tatsachen. Es sei vielleicht die beste, jedenfalls die anschaulichste Darstellung einer großen historisch wichtigen Hausindustrie, ja der Hausindustrie überhaupt. Mit Recht habe Sombart dieses Theaterstück als ausgezeichnete nationalökonomische Leistung anerkannt, und im Handwörterbuch der Staatswissenschaften unter der Literatur über die Hausindustrie angeführt. Der Hintergrund des Dramas sei der Gegenwart entnommen. Das Elend der vierziger Jahre auf der Bühne sei das Abbild des Elends der neunziger Jahre aus der Wirklichkeit. Freilich des Elends der Hausweber. Neben jene Hausweber sind Fabrikweber getreten, die Fabrik ist das Allgemeinere geworden. Die Weber in der Gegenwart bieten zum Teil noch die typischen Züge der Hausindustrie, des langen und qualvollen Uebergangszustandes zwischen Handwerk und Fabrik, sie sind typisch für ein großes Problem, das sich in verschiedenen Klassen äußert, aber noch nirgends so gut zu beobachten ist, wie in der Weberei. Die Frauenarbeit und die Wirkung ihrer Konkurrenz auf die Lage der Männer. Darin sind die Weber typisch für das Problem der weiblichen Konkurrenz im Kapitalismus, aber nicht für die allgemeine Lage des Proletariats.

Der Verfasser sieht also — unserem Erachten nach mit Recht — in der Frauenarbeit in der Fabrik ein Hindernis für die Hebung der Lage der männlichen Arbeiter, die sonst durch die in der Fabrik zur Anwendung kommende Technik sehr leicht möglich gewesen wäre; die Webereiprodukte hätten trotzdem noch erheblich billiger werden können, als sie vordem waren. Der Autor tritt aber auch der Meinung entgegen, daß das Elend der Handweber, das sich auf den Fabrikweber übertragen hat, von der Konkurrenz der Fabrik herrühre, welcher jenes „einst blühende Gewerbe" nun erliege. Das schlesische Weberelend habe ursprünglich mit der Technik nichts zu tun; es bestand schon lange vor dem Auftreten der mechanischen Weberei. Jahrhundertelang haben die schlesischen Spinner und Weber gehungert. In der Mitte des 19. Jahrhunderts hat dieses chronische Elend den höchsten Gipfel erreicht. Die Ursachen dieses Elends müssen daher weit zurückliegen; zum Teil aber müssen sie dem 19. Jahrhundert angehören.

Der Verfasser geht nun bis zum Ursprung des schon im 16. Jahrhundert berühmten schlesischen Leinenexports zurück. Seine stärkste Wurzel scheint das Flachsspinnen gewesen zu sein; das die Hörigen dem Gutsherrn als Fron zu leisten hatten, oder als eigenen Nebenerwerb betrieben. Sobald das Gesponnene den Bedarf des Gutshofes überstieg, wurde es vom Herrn als Händler verkauft. Einen Teil des Garns, das der Gutsherr weiter verkaufte, bekam er als unbezahlte Arbeit von den Robotpflichtigen umsonst; einen Teil kaufte er, um als Wiederverkäufer daran zu gewinnen. Und da der Rittergutsbesitzer hier der alleinige Inhaber von Gewerbeberechtigungen war, mußte ihm von den übrigen Spinnern auf dem Land eine Art Privalgewerbesteuer, ein Zins, gezahlt werden. Es war daher das natürliche Bestreben des Adels, die Zahl der Spinner zu vermehren; sie waren, zum Teil als Hörige, zum Teil als Zinspflichtige, eine Einnahmequelle, die man völlig ohne Mühe ausnutzen konnte. Und sofern der Gutsherr das Garn von den Spinnern kaufte, hatte er Gewinn als Wiederverkäufer. Im Anfang des 18. Jahrhunderts wurde das Weben eingeführt. Der Weberzins vermehrte wieder die Einnahmen des Adels. **So entwickelte sich eine feudal geknechtete, dementsprechend abgestumpfte, körperlich und geistig verkrüppelte Industriebevölkerung.** Alle Eigenschaften, die von den Zeitgenossen an den Hörigen beobachtet wurden: die Stumpfheit, das Mißtrauen, die systematische Faulheit, die geringe Arbeitsleistung — die Waffen des Sklaven gegen den Herrn — alle diese schlechten Bausteine lagen daher in den Grundlagen der sich entwickelnden Leinenindustrie. Wenn dann später die moralische Unfähigkeit der Bewohner als der letzte Grund des Verfalls in Schlesien angesehen wurde, so bestand diese aus den Eigenschaften, die an jenen Unglücklichen durch die Knechtschaft gezüchtet und durch das immerwährende Elend befestigt worden waren.

Was die Fronenden an Quantität leisten mußten, suchten sie durch schlechte Qualität zu vermindern. Diesen üblichen Ausweg aus feudaler Bedrückung benutzten auch die fronenden Leinenarbeiter. Schon die Flachsbereitung krankte daran. Als im 19. Jahrhundert ein Baron das Pflichtquantum auf ein Viertel herabsetzte, erzielte er erst schönen Flachs. Der Spinner, der den schlechten Flachs zu verspinnen hatte, war durch den Druck der Fron gleichfalls dazu gedrängt, schleuderisch zu arbeiten. Oder der Geknechtete griff zu dem Mittel des Betrugs.

Wie stets bei billiger Arbeit, war die Technik dauernd schlecht. Als England längst eine großartige Fabrikspinnerei entwickelt hatte, war man in Schlesien noch bei der Spindel. Infolge des Stehenbleibens der Spinntechnik und des unter dem feudalen Druck eingenisteten Betrugs blieb der Weber schließlich gegen den englischen Konkurrenten zurück, dessen Vorteile am Anfang des 19. Jahrhunderts fast ausschließlich auf billigem Maschinengarn und solider Ware beruhten. In Schlesien wurde aber dem Weber das Garn durch den spekulierenden Garnhändler und den gleichfalls spekulierenden Adel verteuert. Ein weiterer Druck war der Zins, den Spinner und Weber an den Adel zu entrichten hatten. Er mußte auch im ärgsten Elend, bis 1850, gezahlt werden. Dazu kam noch das Verstreutsein der Arbeiter im Gebirge, deren kaufmännische Kapitalisten in den Städten saßen; jede Gemeinsamkeit fehlte, jeder war selbständig für sich allein. Dazu der Exportcharakter der auf verstreuten Kleinbetrieben beruhenden, unbeweglichen, von Handelsstockungen hart getroffenen Industrie. Eine ganze Gegend war spezialisiert auf eine von den Weltmarktsschwankungen abhängige Ware, durch die Lage im Gebirge von aller Welt abgeschnitten und am schnellen Uebergang in andere Arbeit gehindert.

Der Weber war nur scheinbar selbständig, tatsächlich war er von Anfang an Arbeiter, und die Struktur der Industrie war der Kapitalismus. An den Markttagen kauften die Leinenhändler, umdrängt von den Webern, diesen ihre Leinwand ab, wobei sie sich hüteten, einander Konkurrenz zu machen. Und der Weber mußte zu jedem Preise verkaufen. Als zweiter kapitalistischer Ausbeuter stand neben dem Leinenhändler der Garnhändler. In der Not bei ihm in Schulden, mußte der Weber ihm auch fehlerhaftes Garn zu jedem Preis abkaufen.

Dieses Kaufsystem, das den Kaufleuten keinerlei Verantwortung für die von ihnen Abhängigen auferlegte, vielmehr ihnen die Möglichkeit gab, sich bei ungünstiger Marktlage sofort zurückzuziehen und den Arbeiter ruhig weiter weben zu lassen, ohne ihm noch abzukaufen. Diese soziale Struktur machte zugleich die ganze Industrie schwerfällig, denn der den Weltmarkt überschauende Kaufmann war nicht zugleich der Leiter der Produktion. Der Weber webte in seinem weltabgelegenen Häuschen nach der Väter Sitte ruhig weiter, wenn auch längst für die alten Muster kein Absatz mehr zu finden war und die Technik draußen in der Welt ganz andere Werkzeuge und Kunstgriffe zu „gesellschaftlich notwendigen" gemacht hatte.

Und diese auf dem Sumpfboden der Grund- und Gutsherrschaft aufgebaute und in rohester Struktur sozusagen aus ein paar Latten zusammengeschlagene Industrie wurde dann durch staatliche Subvention, noch gewaltsam gefördert, freilich in der besten Absicht, aber doch in Verkennung der tatsächlichen Umstände. Dadurch wurde, weil der Absatz mit der Produktion nicht immer Schritt halten konnte, das Uebel nur verschlimmert. Zwar wurden die Kaufleute mehrmals gezwungen, die Produkte der Weber zu kaufen, doch es fehlte an Unternehmern, um den Webern dauernd Absatz zu schaffen, und es fehlte an Webern, um noch mehr zu weben.

Dann versuchte der Staat, die Trennung des Kapitalisten von der Technik zu beseitigen, die Kaufleute in Fabrikanten zu verwandeln. Aber nun gelang es nur äußerst langsam, technische Fortschritte zu erzwingen; der tiefgedrückte Lohn hinderte daran. Er machte ihn nicht direkt notwendig, aber wo kein technischer Fortschritt zu verzeichnen war, konnte auch der Lohn nicht steigen, mithin das Spinner- und Weberelend nicht gemildert werden.

„Sobald die Produktionsmittel, das Kapital, die Hauptsache werden, ist es immer ungünstig, wenn dann aus irgendwelchen Gründen kein Kapitalbesitzer die Produktion leitet, sondern der kapitallose Arbeiter. Wenn der Kapitalist nur Kaufmann bleibt, so bleibt die Technik stehen."

Und sie blieb hier stehen. Als aber die Spinnmaschine und der mechanische Webstuhl dennoch aufkamen, begann der Verzweiflungskampf des Hausspinners und -Webers gegen die Maschine. Und in der Fabrik machten sich die Geschlechter gegenseitig Konkurrenz. So setzte sich das alte Weberelend, umso länger im Hause fortvegetierend, auch in der Fabrik wieder fort.

Wie ist es aber wirksam zu bekämpfen? Wo nur Fabriken sind, ist die Lage nicht besser. Die Aufsaugung der Hausweberei durch die Fabrikweberei ist also kein Mittel gegen das Weberelend. Zudem wird die Fabrik nicht immer da angelegt, wo sich der Hausweber gerade befindet, sondern da, wo sie für den Unternehmer am profitabelsten ist. Was ist also zu tun? Wir haben gesehen, daß die Frauenarbeit den Lohn der Männer in der Fabrik drückt. Entweder muß also die Frau der Webfabrik ferngehalten werden oder es muß dem Manne ermöglicht werden, ihr fernzubleiben und Arbeit in anderen Industrien zu suchen, die die Frau nicht leisten kann; sein Lohn wird dann, nicht als Weber, aber als Arbeiter und Familienvorstand ein höherer sein als jetzt. Damit überall in den eigentlichen Webergebieten Fabriken anderer Industrien entstehen, müssen überall Bahnen gebaut werden, die die Abführung der Produkte ermöglichen. So wurde die Webarbeit in der Fabrik mehr und mehr zur Frauenarbeit, die nur eine Ergänzung des Einkommens des Mannes, das derselbe in einer anderen Industrie findet, bilden würde. Damit aber diese Ergänzung des Männereinkommens nicht immer noch geringer werde, müssen die Organisationen der Textilarbeiter den Zwang rechtsverbindlicher Tarifverträge zu etablieren suchen.

Uebrigens redet der Verfasser auch einer vernünftigen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau in der Webfabrik selbst das Wort. „Wenn in festen Tarifen ohne Unterschied des Geschlechts für alle leichteren Arbeiten geringere, für alle schwereren Arbeiten entsprechend höhere Mindestlohnsätze (nach Zeit oder Stück) festgesetzt werden, welche nach unten hin eine feste Grenze bilden, dann hört alle Unterbietung der Arbeiter durch die Arbeiterinnen auf. Sobald auf diese Weise gleicher Lohn für gleiche Leistung gesichert ist, ohne Unterschied des Geschlechts, sobald nur nach der Leistung sich die Höhe des Lohnes abstuft, wählen ganz von selbst die Männer meist die schwereren und lohnenderen, die Mädchen meist die leichteren und weniger lohnenden Arbeiten. Während jetzt die Mädchen auch zu den ihre Natur verletzenden Arbeiten eifrig herangezogen werden, weil ihre Arbeitskraft wohlfeiler ist, fällt das dann weg. Die natürliche Teilung der Arbeit tritt dann ein. In ihr stimmen das durchschnittlich größere Erwerbsbedürfnis des Familienernährers und die größere Kraft des Mannes, das durchschnittlich geringere Erwerbsbedürfnis der Arbeiterin und ihre geringere Kraft zusammen."

Der Verfasser erstrebt also dasselbe, was wir auf allen unseren Kongressen bisher forderten, wovon er übrigens in dem Buche gebührend Notiz nimmt, was dasselbe für uns natürlich umso interessanter macht. Daß er übrigens auch die Pflege der Organisation empfiehlt, macht das Buch noch lesenswerter, das, wie wir schon früher einmal bemerkten, viel brauchbares Material für unsere Agitatoren enthält und von diesen gebührend beachtet werden sollte. Der Preis von 4 Mk. für die Broschüre ist auch als kein zu hoher zu erachten.

Das Elend der Textilarbeiter im württembergischen Filstal.

In dem von der Natur reich gesegneten Schwabenland liegt an den Vorläufern der schwäbischen Alb das Textilzentrum Göppingen, mit mehreren Tausenden ausgemergelter, hohlwangiger Textilarbeiter und -Arbeiterinnen. Nicht bloß in Göppingen ist die Textil-Industrie reich vertreten, sondern auch in den an der Fils auf- und abwärts liegenden Ortschaften, wo meistens die Baumwollweberei und -Spinnerei ihren Besitzstand hat.

Auf unserer Reise durch das Filstal kommen wir zunächst nach Salach, wo die mechanische Weberei Salach ihr Domizil hat. Von den Arbeitern in diesem Betrieb könnte man meinen, daß sie sich in einem Paradies befinden; daß aber dem nicht so ist, werden wir gleich sehen. In Salach befindet sich eine bunt zusammengewürfelte Arbeiterschaft, als da sind: Deutsche, Böhmen, Tschechen und Italiener. Diese Leute schuften für einen Hundelohn.

In der Weberei verdient man auf 4 Stühlen durchschnittlich 26 Mk. in 14 Tagen. Ein tüchtiger Weber kann auch 36 Mark verdienen — wie die Firma meinte —, aber solcher wird es wohl nur wenige geben. Wenn ein Arbeiter von morgens früh bis abends spät schuftet, ohne daß er sich Zeit für Frühstück und Vesper nimmt, so hat er doch bloß zirka 30 Mk. verdient, was noch lange keine 36 Mk. sind. Mit den Tagelöhnern ist es ebenso bestellt; ein Stundenlohn von 16—20 Pf. ist an der Tagesordnung. Bei diesen Löhnen halten es die Arbeiter nicht einmal für ihre Pflicht, sich der Organisation anzuschließen.

Von Salach kommen wir nach Eislingen, wo die Firma Sixt u. Lempenau die Arbeitskraft ausbeutet. In dieser Fabrik wollen die Textilprotzen absolut keine organisierten Arbeiter einstellen — aber kommt Zeit, kommt Rat. Wenn man keine Organisierten einstellen will, so zeigt das bloß, wie schlecht es mit den Löhnen bestellt sein mag.

Nun kommen wir in den eigentlichen Hauptsitz der Textilindustrie unseres Bezirks: Göppingen. In Göppingen gibt es eine Masse Textilbetriebe, wie Webereien, Spinnereien, Färbereien, Trikotagen- und Korsettfabriken. Hier ist die Buntweberei vorherrschend, die Arbeiter müssen in von Staub aller Farben durchschwängerten Arbeitssälen ihr trauriges Dasein fristen. Daß in einem solchen Raum der Aufenthalt kein angenehmer ist, wird wohl jedem einleuchten. Die Weber mögen im Durchschnitt 36 Mk. in 14 Tagen verdienen, was aber bei dem teuren Göppinger Pflaster — pardon Sumpfstraßen — kein Lohn ist, eine Familie zu ernähren. Ein Material ist da zu verarbeiten, das jeder Beschreibung spottet; da wagt man noch, auf Beschwerde anzuschlagen, „daß nach wie vor nur gutes Material zur Verarbeitung gelangt". Das soll wohl heißen: „nach wie vor schlechtes". Dabei herrscht ein rigoroses Strafsystem; bei den geringsten Fehlern wird gestraft. In der Spinnerei ist es noch schlechter. Dort setzt es noch Kniffe und Püffe an die Arbeiter. Da wird nach allen Regeln der Kunst gestraft, z. B. wenn ein Arbeiter lacht. Aber gerade die davon betroffenen Arbeiter laufen dem Arbeiterverein „Harmonie" nach. Krasse Aussperrung auf der einen Seite und Speichelleckerei auf der anderen Seite ist hier die Signatur. Bei Löhnen von 20 Pf. in der Stunde sollte man von den Arbeitern doch mehr erwarten, als den „Ehrenmänner"-Vereinen nachzulaufen. Der ehemalige Reichstagsabgeordnete Münch-Ferber hatte ganz recht, wenn er sagte: „Die Spinner schwimmen im Golde."

In den Färbereien ist es ebenfalls nicht besser; in feuchter Temperatur auch ein Hungerlohn. Dabei beizeiten Siechtum in Gestalt von Rheumatismus.

In den Trikotagen-Fabriken ist es wohl am schlechtesten — oder am besten bestellt, denn kein einziger Arbeiter gehört der Organisation an.

In den Korsettnähereien haben wir ebenfalls nur wenige Mitglieder, trotzdem dort am längsten geschafft wird: von morgens 6 Uhr bis mitunter nachts 10—11 Uhr. Es wäre zu wünschen, daß auch diese Kategorie sich besser um die Organisation kümmerte.

In Uhingen befinden sich eine Baumwollweberei, eine Gardinenweberei und eine große Appreturanstalt nebst Färberei. Die Arbeiter haben dort mehr für allen möglichen Klimbim übrig als für die Organisation. Läßt doch die Behandlung usw. viel zu wünschen übrig. Bei Rothschild verdient ein Weber 26 Mk. in 14 Tagen. Gestraft wird, wenn ein Arbeiter nur den andern richtig anschaut. Die Meister scheinen sich als Unteroffiziere zu dünken. In der Appretur erhält ein erwachsener Arbeiter 21 Pf. pro Stunde. Organisiert ist keiner. Das gilt auch von den Färbern.

Endlich kommen wir nach Ebersbach a. d. Fils. Da gibt es eine große Baumwollweberei und -Spinnerei, eine Tuchfabrik, eine Kunstwoll- und eine Woll- und Haarspinnerei.

In der Baumwollspinnerei und -Weberei von Martin u. Söhne wollen wir uns ein wenig länger aufhalten. In diesem Betrieb werden Arbeiter beschäftigt, welche fast 3 Stunden von ihrem Arbeitsplatz entfernt wohnen. Es herrscht hier noch die 11stündige Arbeitszeit: von früh 6 bis abends 6 Uhr ohne Frühstücks- und Vesperpause. In Wirklichkeit aber besteht eine Arbeitszeit von 11 Stunden und 20 Minuten. Denn 10 Minuten vor 6 Uhr läuft es an und mittags ebenfalls vor der Zeit. Oefters wird auch abends noch 'was zugegeben. Wenn der Arbeiter in dieser Zeit seine Maschinen nicht laufen läßt, so schreien die Meister gleich: „Laufen lassen!" In der Weberei wird jetzt das Fünfstuhl-System eingeführt. Dabei verdient ein Arbeiter etwas über 30 Mk. in 14 Tagen. In der Weberei werden auch die gesetzlichen Bestimmungen betreffs der Minderjährigen nicht in vollem Umfange innegehalten. Die Webstühle werden am Dienstag und Donnerstag abends abgekehrt. Die Stühle werden aber höchst selten abgestellt. Dem Herrn Gewerbe-Inspektor scheint davon nichts gesagt zu werden. Von was hatten denn verschiedene Arbeiter und Arbeiterinnen Verletzungen erhalten? Es ist eine Schande für die Arbeiter, wenn sie dem Gewerbe-Inspektor nicht die Wahrheit sagen. Warum entläßt man aber die, die sich beschweren? Nur, damit die andern hübsch ruhig bleiben. Bei Löhnen von 17—25 Mk. machen die Arbeiter noch Spareinlagen in der Fabrikspartasse. Natürlich, wenn man bloß Most und trockenes Brot den ganzen Tag hat, braucht man nicht so viel und wird auch nicht so fett, wie manche Obermeister, denen die Arbeiter noch Milch und Butter bringen, die sie selber besser brauchen könnten. Auch in den anderen Betrieben ist es nicht besser. In der Tuchfabrik herrscht noch die 12stündige Arbeitszeit.

Kollegen und Kolleginnen! Werft euren Schlendrian beiseite und organisiert euch! Ein jeder sei Agitator! Fürchtet nicht das moderne Ausbeutertum, schmiedet euch geistige Waffen, stärkt die wirtschaftlichen Organisationen. Wenn ihr es ehrlich mit euch und euren Familien meint, dann hinein in Massen in den Zentralverband Deutscher Textilarbeiter und -Arbeiterinnen! Auf zur Agitation!

—l.

Die Erhebungen über die Heimarbeit.

(Siehe Soziales.)

Man schreibt uns aus Frankenberg:

Auch hier hat eine „amtliche" Erhebung über die Heimarbeiterfrage stattgefunden. Am Sonnabend vormittag 9 Uhr 20 Minuten traf eine kleine Anzahl auswärtiger Herren hier ein, um sich von der Lage der in der Hausindustrie beschäftigten Lohnsklaven zu überzeugen. Es werden am Orte vorherrschend Frauen, sowie Männer und Kinder in der Tabakbranche, der Bürstenfabrikation, der Fertigstellung von Steppdecken usw. in der Behausung beschäftigt — gewiß ein vielseitiges Feld, um Material zu sammeln zu einem Schutzgesetz für die Aermsten der Armen.

Es werden schon an die in den Fabriken Beschäftigten menschenunwürdige Löhne gezahlt, aber die in der Heimarbeit Tätigen werden mit noch viel geringeren Löhnen abgespeist. Auf die Schäden der Hausindustrie in gesundheitlicher und wirtschaftlicher Beziehung ist schon so oft hingewiesen worden, daß es sich erübrigt, noch besonder darauf einzugehen. Es war deshalb zu begrüßen, daß die Reichsregierung endlich einmal den Zuständen in der Heimarbeit näher treten will, um sie menschenwürdiger zu gestalten; — ob aber ohne Heimarbeiter-Ausstellung in Berlin dieser Wille zum Durchbruch gekommen wäre?

Aber welches Resultat soll nun die Erhebung zeitigen, wenn dabei überall so verfahren wird, wie es hier in Frankenberg geschehen ist? Das hiesige Amtsblatt berichtet darüber in seiner am Freitag abend erschienenen Nummer:

„Nach einem an hiesiger Ratsstelle vom königl. Ministerium des Innern eingegangenen Telegramm treffen Sonnabend, 12. d. M., Kommissare des Reichskanzlers zur Verhandlung in der Heimarbeiterfrage hier ein. Die Verhandlung, zu welcher ergangener Anordnung gemäß eine Anzahl Fabrikanten, der königl. Bezirksarzt, Geistliche und Lehrer eingeladen worden sind, findet an dem obenbezeichneten Tage vormittag ½10 Uhr im Rathaus, hier, Sitzungssaal, statt."

Anscheinend konnte man Arbeiter hierzu nicht verwenden — was verstehen die von ihrem eigenen Elend? Oder befürchtete man etwas zu erfahren, was verschwiegen besser aufgehoben wäre?

Die Konferenz hat stattgefunden. Darüber berichtet das Amtsblatt in seiner Nummer vom Sonnabend abend:

„Am heutigen Tage beehrten die Herren Geheimen Oberregierungsräte Dr. Kauffmann und Koch, sowie Herr Regierungsrat Pachler aus dem Reichsamt des Innern in Begleitung des Herrn Oberregierungsrats Schlippe aus dem kgl. sächs. Ministerium des Innern und der Gewerbeaufsichtsbeamtin Fräul. Zeißler unsere Stadt mit ihrem Besuche, um sich im Auftrage des Herrn Reichskanzlers über die Arbeits- und Lohnverhältnisse, sowie die Wohnungsverhältnisse der Heimarbeiter, insbesondere der Zigarren- und Textilindustrie, eigehend zu informieren. Es fanden im Rathause unter dem Vorsitz des Herrn Geheimen Oberregierungsrats Dr. Kauffmann und in Gegenwart der Herren Bürgermeister Dr. Irmer, Stadtrat Stephan, Bezirksarzt Dr. Rechholz, Schuldirektor Burckhardt und mehrerer Lehrer mit zahlreichen Industriellen eingehende Besprechungen der einschlagenden Verhältnisse statt, worauf einige Besichtigungen der Arbeitsräume von Heimstättenarbeitern erfolgten. Mit dem Zuge 11 Uhr 20 Minuten vormittags reisten die Kommissionsmitglieder wieder ab."

Es wäre sehr interessant, zu wissen, wieviele Wohnungen von Heimstättenarbeitern besucht worden sind. — Nach ½10 Uhr vormittags konnte die Konferenz erst beginnen und ¾11 Uhr war sie schon beendet. Die Zeit bis zum Abgang des Zuges, mit dem die Kommission wieder abfahren „mußte", war so kurz, daß auch nicht in einer Wohnung die nötige Information eingeholt worden sein kann. Oder hatten die Herren Regierungsräte schon in der „bedeutungsvollen" Sitzung genügend Material von den anwesenden Herren Fabrikanten empfangen, um es zu einem Gesetzentwurf zum Schutze der Heimarbeiter verwenden zu können?

Wie bei allen derartigen Gelegenheiten, so hat man auch hier die Arbeiterschaft ignoriert. Man will offenbar die Stimme des Volkes nicht hören. Nun, um so dringender ist die Pflicht der Arbeiterschaft, sich enger und fester in den Organisationen zusammenzuschließen. Wenn sie nicht aus eigener Kraft ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern sucht — von anderer Seite kann sie nichts erwarten.

Ungültige Gewerkschaftssatzungen?

Unter dieser Spitzmarke veröffentlicht das „Korrespondenzblatt" eine für jeden Gewerkschafter interessante Betrachtung, der wir folgendes entnehmen:

Zu Ostern 1905 haben sich der „Deutsche Senefelderbund" und der „Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandter Berufe" zu einer einheitlichen Organisation verschmolzen, indem sich der „Senefelderbund" zu einer Gewerkschaft ausbaute, während der Verband sich auflöste und seine sämtlichen Mitglieder, sowie das Verbandsvermögen dem Bund überwies. Der „Senefelderbund", der seit Jahrzehnten nur Unterstützungsorganisation gewesen, wurde damit seinen ursprünglichen Zwecken wiedergegeben, denn er war im Jahre 1873 als eine Gewerkschaft gegründet, die allerdings gleich von Anbeginn auch das Unterstützungswesen mit in Angriff genommen und ausgebaut hatte. Der Not, nicht dem eigenen Triebe, gehorchend, mußte er unter dem Einfluß des Sozialistengesetzes die gewerkschaftlichen Ziele fallen lassen und Unterstützungskasse werden. Die Verschmelzung war das Ergebnis langjähriger Kämpfe zwischen beiden Organisationen. Im Bund waren viele Mitglieder, die inzwischen den Beruf gewechselt hatten; es befanden sich solche darunter, die Beamte, Prinzipale, Oberdrucker oder Oberlithographen geworden waren. Diese Leute hatten zum Teil kein Interesse an der Gewerkschaft, zum Teil glaubten sie, keines daran zu haben, und sie agitierten mit allen Mitteln gegen die Verschmelzung. Erst 1901 wurde ein Uebereinkommen getroffen: die Gebietsabgrenzung, bei, welcher festgesetzt wurde, welche Unterstützungen dem Verband und welche dem Bunde bleiben sollten. Letzterem verblieb die Kranken-, Invaliden- und Witwen-Unterstützung, alle anderen Unterstützungs-Einrichtungen übernahm der Verband. Zugleich wurde vereinbart, kräftig für die gegenseitige Stärkung wirken zu wollen. Der Verband erstarkte auch, allerdings ohne Zutun des Bundes, er hielt auch Wort, er hat redlich dafür gesorgt, daß auch der Bund sich kräftigte. Weiter hat er auch darin Wort gehalten, daß für ihn die Verschmelzungsfrage mit der Gebietsabgrenzung erledigt war. Anders im Bund. Dort gestalteten sich durch das rapide Anwachsen der Invaliden, die von 26 im Jahre 1900 auf 154 im Jahre 1904 stiegen, und der Ausgaben der Invalidenkasse von 16 996 (1900) auf 69 824 (1904), die Verhältnisse äußerst ungünstig. Es mußten entweder enorme Beitragserhöhungen vorgenommen werden, oder es hätten die Leistungen der Invalidenkasse heruntergesetzt werden müssen. Als drittes blieb die Erschließung neuer Einnahmequellen übrig, und so wurde im Bund der Gedanke der Verschmelzung populär, da diese dem Bund Tausende von Mitgliedern zuführen mußte, die erst lange Karenzzeiten, z. B. in der Invalidenkasse zehn Jahre, zu erfüllen hatten, ehe ihr Anspruch auf Unterstützung begann. Vor der Generalversammlung des Bundes im Jahre 1904 setzte daher im Bund eine lebhafte Agitation für die Verschmelzung ein, und die Generalversammlung in Kassel erklärte sich am 16. August 1904 im Prinzip mit 42 gegen 3 Stimmen für die Verschmelzung mit dem Verband.

Als jedoch eine gemeinschaftliche Kommission später einen Statutenentwurf vorlegte, in dem vorgesehen war, daß alle Bundesmitglieder, soweit sie noch im Beruf als Gehilfen tätig waren, Mitglieder der Gewerkschaft werden sollten, da schlug die Stimmung im Bund etwas um. Ein Teil der Bundesmitglieder hätte sehr gern gesehen, daß die Verbandsmitglieder und auch das nur, soweit sie gesund und über ein bestimmtes Alter nicht hinaus waren, Mitglieder der alten Bundeskassen geworden wären, sie selbst aber wollten nicht in die Gewerkschaftskasse eintreten. (Das neue Statut sieht eine Dreiteilung der Kassen, in die Gewerkschafts-, Unterstützungs- und Invalidenkasse, vor. Die Unterstützungs- und Invalidenkasse sind die alten Bundeseinrichtungen.) Es wurde eine statutwidrige Urabstimmung inszeniert, wobei eine Fragestellung gegeben war, die die Mitglieder verwirren sollte und irreführen mußte. Trotzdem — und hier hat der Verband durch 82 Versammlungen versucht, klärend zu wirken — ergab die Urabstimmung, wenn auch mit geringer Majorität, daß die Mitglieder mit dem Statutenentwurf einverstanden waren. Und als dann später die Wahlen zur Generalversammlung stattfanden, wurden im Bund wieder 42 Verschmelzungsfreunde und 3 Verschmelzungsgegner delegiert. Daß der Verband an der Verschmelzung interessiert war, ist ohne weiteres klar. Sein Bestreben, sämtliche Kollegen in einer starken Organisation zusammenzufassen, wurde durch die Verschmelzung wesentlich gefördert, und daß er dafür, daß seine Mitglieder die dem Ruin entgegeneilende Invalidenkasse des Bundes stärkten und aufrecht erhielten, als Gegenleistung forderte, daß alle daran interessierten Bundesmitglieder der Gewerkschaftskasse beitreten mußten, war sein gutes Recht. Es ist dies selbstverständlich.

Diese Einleitung war notwendig, um den nachfolgenden, für das gesamte Vereinsleben äußerst wichtigen Prozeß zu verstehen und, weil diese Vorgänge benutzt werden, gegen den jetzigen Senefelderbund und gegen die Arbeiterbewegung im allgemeinen Stimmung zu machen.

Schon während der Berliner Tagung (1905) wurde den Delegierten die Abschrift einer Klage überreicht, die von 31 Mitgliedern des Bundes angestrengt war, um die neuen Satzungen, insbesondere die Ausdehnung des Bundes auf die Gewerkschaftskasse, für ungültig erklären zu lassen. Diese Klage vor der Beschlußfassung durch die Generalversammlung sollte eingestandenermaßen nur ein Schreckschuß sein. Da sich aber die Generalversammlung nicht beirren ließ, sondern, allerdings unter Ausdehnung der Ausnahmebestimmungen, den Statutenentwurf annahm, so blieb es bei der Klage, trotzdem der Führer der Einunddreißig nach der Annahme des neuen Statuts auf der Generalversammlung erklärte, er müsse anerkennen, „daß seitens des Verbandes alles getan worden sei, um den Mitgliedern des Bundes entgegenzukommen. Er werde gern bereit sein, in Zukunft an der weiteren Entwicklung des Bundes mitzuarbeiten." Die mit der Verschmelzung nicht einverstandenen Mitglieder organisierten sich im „Rechtsschutz-Verein". Wieviel Mitglieder dieser hat, steht nicht fest, es wird von 600 geredet, wobei wieder nicht bekannt ist, wieviele dieser 600 Mitglieder der Gewerkschaftskasse sind. Von den 31 Klägern fallen 17 unter die Ausnahmebestimmungen. Fest steht, daß von den 15 349 Mitgliedern, die der Bund nach der Verschmelzung hatte, nur 471 der Parole des Rechtsschutzvereins folgten und auf dem Uebertrittsschein bemerkten, daß sie bis zur Entscheidung des Prozesses nur die Beiträge zur Unterstützungs- und Invalidenkasse zahlen wollten. Die Klage wurde damit begründet, die Kläger würden nach dem neuen Statut, „falls sie der Gewerkschaft nicht beitreten oder den neuen gewerkschaftlichen Zielen des Bundes zuwiderhandeln würden, aus dem Bunde ausgeschlossen werden". Der Bund, „der bisher ein reiner Unterstützungsverein gewesen sei, werde durch die Einführung des Gewerkschaftszweckes zu einer wirtschaftlichen Kampforganisation, die Streiks unterstütze. Dies entspreche nicht den Interessen der Kläger, die zum größten Teil ältere Leute seien, die mit ihren Prinzipalen in gutem Einvernehmen stünden." Dieser Ruf nach Schutz der Arbeitswilligen verhallte auch nicht ungehört. Ehe sich das zuständige Landgericht in Frankfurt a. M. mit der Klage beschäftigen konnte, mußte es zuerst die prozeßhindernde Einrede beseitigen, daß ein Gericht überhaupt nicht zuständig sei, da auch nach dem alten Statut alle Streitigkeiten zwischen dem Bund und seinen Mitgliedern durch die Verwaltungsorgane des Bundes geregelt würden. Das Landgericht erklärte sich für zuständig und entschied dann durch Urteil vom 20. Juni 1905, daß die in der Berliner Generalversammlung beschlossene Statutenänderung ungültig sei, „soweit sie die Ausdehnung der Zwecke des Bundes auf eine Gewerkschaftskasse bezweckt". Für gültig erklärt wurde jedoch die Zahlung von Unterstützung an arbeitslose und auf der Reise befindliche Mitglieder, sowie die Gewährung von Unterstützung an Mitglieder, welche zu Reserve- oder Landwehrübungen eingezogen werden. Alle diese Unterstützungen sind für den Bund neu, sie sind vom Verband übernommen worden, und sie zu leisten gehörte zu den Aufgaben der Gewerkschaftskasse. Das Gericht beseitigte demnach die Gewerkschaftskasse nicht ganz, es strich die rein gewerkschaftlichen Aufgaben, die Unterstützung bei Maßregelungen, bei Streiks und Aussperrungen, die Gewährung von Umzugskosten und unentgeltlichen Rechtsschutz. Im übrigen wurden die Kläger abgewiesen.

Diese beruhigten sich mit diesem Urteil, der Bund legte Berufung ein. Am 16. Februar 1906 entschied das Oberlandesgericht zu Frankfurt a. M., daß das Urteil zu Recht bestehe. Die Berufung ward verworfen. Selbstverständlich ist gegen diese Entscheidung die Revision beim Reichsgericht angemeldet worden.

Als das Urteil des Landgerichts am 20. Juni 1905 gesprochen war, erklärte die Leitung des Bundes, daß sie ohne Rücksicht auf das Urteil das neue Statut handhaben werde und daß sich die Mitglieder ebenfalls danach zu richten hätten. Insbesondere wurde auf Zahlung des Beitrages von 1,20 Mk. bestanden. Dadurch sahen sich die 31 Kläger veranlaßt, beim Landgericht den Erlaß einer einstweiligen Verfügung zu beantragen, wonach es den Mitgliedern des Vorstandes bei Strafe verboten werden solle, irgendwelche Verwaltungshandlungen vorzunehmen, soweit sie die Gewerkschaftskasse betrafen; es sollte dem Vorstand geboten werden, lediglich für die Unterstützungs- und Invalidenkasse Beiträge zu erheben und im allgemeinen die Verwaltung des Vereins so zu führen, als sei die beschlossene Angliederung der Gewerkschaftskasse an die beiden früheren Kassen nicht erfolgt.

Daß die Kläger eine solche Verfügung beantragen konnten, beweist, daß sie das Urteil der ersten Instanz garnicht verstanden hatten. Ebenso bewies die Ferienstrafkammer I des Landgerichts, daß sie das Urteil nicht zu enträtseln vermochte. Sie erließ eine Verfügung, die zwar nicht so weit ging, wie der Antrag der Kläger, aber sie verbot dem Vorstand bis zur endgültigen Erledigung des Rechtsstreites bei Strafe, die 31 Kläger auszuschließen, falls sie den vollen Beitrag nicht zahlen wollten. Soweit der Antrag weiter ging, wurden die Kläger abgewiesen. Sowohl die Kläger als auch die Ferienkammer des Landgerichts hatten ganz außer Betracht gelassen, daß doch die durch das Urteil vom 20. Februar 1905 zugelassenen neuen Leistungen des Bundes auch Gegenleistungen der Mitglieder voraussetzten, und da die neuen Leistungen als Leistungen der Klasse I (der Gewerkschaftsklasse) bestehen blieben, so mußte selbstverständlich auch der Beitrag für die Klasse I mitgezahlt werden. Und dies ohne Rücksicht darauf, daß verschiedene Unterstützungseinrichtungen vom Gericht gestrichen worden waren. Der Paragraph, der die Beitragsfrage regelt, war ganz richtig durch dies Urteil auch nicht eingeschränkt worden. Es besteht demnach der Gesamtbeitrag von 1,20 Mk. trotz des Urteils völlig zu Recht. Daher stand auch die Verfügung der Ferienkammer des Landgerichts vom 25. Juli dem Urteil des Landgerichts vom 20. Juni in Widerspruch. Auch die Kläger sind zur Zahlung des vollen Beitrags verpflichtet. Daß dies so ist, hat jetzt das Urteil des Oberlandesgerichts vom 16. Februar 1906 bestätigt. Darin heißt es ausdrücklich: „daß zwar die Gewerkschaftskasse, allerdings mit wesentlichen Einschränkungen, bestehen bleibe, daß daher auch die Mitglieder zur Zahlung der satzungsgemäßen, besonderen Beiträge an dieselbe verpflichtet sind". Damit dürften auch die Zweifel der Kläger beseitigt sein. Diese waren aber mit der Verfügung noch nicht zufrieden. Sie legten dagegen Beschwerde ein, wobei sie ihre Anträge aufrecht erhielten und insbesondere verlangten, daß die Verfügung nicht nur für die 31, sondern für sämtliche Mitglieder Geltung haben solle. Das Oberlandesgericht wies die Beschwerde vom 4. September 1905 zurück, die Kläger legten Revision beim Amtsgericht ein, wurden aber abgewiesen.

Höchst lehrreich und interessant sind die Begründungen der Urteile. Nach dem alten Bundesstatut konnten Statutenänderungen durch Generalversammlungsbeschlüsse und durch Urabstimmung herbeigeführt werden. Beide Instanzen haben der Verschmelzung zugestimmt. Dieses ureigenste Recht der Vereine, durch statutengemäße Mehrheitsbeschlüsse Aenderungen im Vereinsleben herbeizuführen, mußte natürlich zunächst beseitigt werden. Und die Gerichte haben dies wirklich fertig gebracht. Auf irgend eine Gesetzesbestimmung konnten sie sich dabei allerdings nicht berufen, auch keine Vorentscheidung konnte dabei angezogen werden. Im Gegenteil. Das Oberlandesgericht sagt ausdrücklich: „Im gemeinen Recht ist es allerdings anerkannt, daß das in den Verein eintretende Mitglied vermöge seiner Willensentschließung den Satzungen unterworfen wird und die Mitgliedschaft in der ihn durch die Satzungen gegebenen Gestaltung erwirbt." Dem fügt es dann aber sofort hinzu: „Wenn nun vorliegend zwar § 85 der Satzung von 1901 Statutenänderung durch Beschluß der Mehrheit zuläßt, ohne daß eine Beschränkung beigefügt wäre, so würde es doch zu weit gehen, wenn man annehmen wollte, daß die Mehrheit jeden beliebigen Beschluß bindend fassen könnte. Dies zulassen hieße nichts anderes, als die Minderheit der Willkür der Mehrheit schutzlos überliefern."

Wir waren bisher der Meinung, daß Vereine allerdings jeden Beschluß bindend fassen können, soweit dabei nicht gegen gesetzliche oder statutarische Bestimmungen verstoßen wird. Das Oberlandesgericht proklamiert einen ganz neuen Grundsatz, der, wenn er zur Geltung kommen sollte, das ganze Vereinsleben umwerfen muß. Es proklamiert die Tyrannei der Minderheit. Eine überstimmte Minorität, ganz gleich wie gering sie ist, läuft in Zukunft, wenn sie mit einem Beschluß nicht einverstanden, zum Richter, der sie dann vor „der Willkür der Mehrheit" schützt.

Die Sache ist sehr einfach. Es braucht dabei nur der im § 38 des Bürgerlichen Gesetzbuches ausgesprochene Grundsatz verallgemeinert zu werden und die Majoritätsbeschlüsse sind ein für allemal beseitigt und damit „die Vergewaltigung von Mitgliedern".

„Auf das Rechtsverhältnis der Mitglieder des Senefelderbundes zu einander und zum Verein selbst findet, da es sich um einen aus der Zeit vor 1900 stammenden, nicht rechtsfähigen Verein handelt, das gemeine Recht Anwendung", so sagt das Ober-Landesgericht selbst. Das gemeine Recht hat aber keine Bestimmung, die dem § 38 des Bürgerlichen Gesetzbuches entspricht. Tut nichts! „Ein gleicher Rechtssatz muß auch für das gemeine Recht als bestehend angenommen werden", darum ist das neue Statut ungültig; es bedeutet eine Verfassungsänderung des Vereins und solche können durch Mehrheitsbeschlüsse nicht herbeigeführt werden. Daß der Bund jetzt gewerkschaftlichen Zwecken dient, ist für die Gerichte der springende Punkt.

Sehr tiefsinnig ist die Begründung dort, wo es zu beweisen gibt, ob diese oder jene Unterstützungen zulässig sind oder nicht. Das Gericht findet, daß der Senefelderbund ein „Unterstützungsverein für gewisse Fälle der Unterstützungsbedürftigkeit sein sollte", und zwar für solche Fälle, die den Mitgliedern „aus den von ihrem Willen unabhängigen Zufälligkeiten des Lebens drohen". Darum wurde die Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen, sowie bei Maßregelungen und Umzügen, bei Ortswechsel gestrichen. Wie auch von dieser Auffassung ausgehend die Unterstützung bei Maßregelungen und Aussperrungen beseitigt werden konnte, darüber haben sich die Richter den Kopf nicht zerbrochen. Anscheinend meinen sie, diese „Zufälligkeiten des Lebens" hingen von dem Willen der Arbeiter ab. Mehr Mühe hat dem Gericht die Umzugsunterstützung gemacht, schließlich hat es aber doch herausgefunden, daß sich „die Notwendigkeit des Umzugs nicht als ein widriger Zufall darzustellen braucht; derselbe wird vielmehr in vielen Fällen auch zwecks Erlangung besserer Stellen unternommen." Solche Ausführungen richten sich selbst.

Auch die Frage, ob das Urteil für alle Mitglieder oder nur für die Kläger Geltung haben solle, hat das Oberlandesgericht ohne gesetzliche Handhabe gelöst. Es hat die Wirksamkeit allgemein ausgesprochen und dies mit „der besonderen Gestaltung des vorliegenden Falles" begründet. Also: Ausnahmerecht.

Das neue Urteil beruft sich „auf die besondere Gestaltung des Falles". Besonders hat sich der Fall allerdings gestaltet. Denn weil die Kläger eigentliche Gründe nicht anzuführen wußten, haben sie, d. h. ihr Anwalt, wie schon eingangs erwähnt, die Klage auf dem Schutz der Arbeitswilligen aufgebaut, später haben sie noch andere Töne angeschlagen. Vor dem

Oberlandesgericht haben sie ausgeführt: „Der Beweggrund für die Aenderungen der Satzungen war ein rein politischer. Die von den Gewerkschaften geplante Veranstaltung eines Generalstreiks (!) verursache das Bestreben derselben, die bisher bestehenden unpolitischen Arbeiterverbände aufzusaugen.“ Solchen Leuten mußte natürlich geholfen werden.

Der Rechtsschutzverein ist inzwischen erheblich zusammengeschmolzen. Viele seiner Mitglieder haben die Vorbehaltserklärung zurückgezogen. Es ist eine lächerlich geringe Minorität, die sich um die 31 Kläger schart. Der Senefelderbund wird seinen jetzigen Weg weiter gehen.

Der Zehnstundentag marschiert in Schlesien.

Man schreibt uns von dort:

Bei allen Lohnbewegungen, die in Schlesien im letzten Jahre durchgeführt wurden und die noch durchgeführt werden sollen, erhebt die Arbeiterschaft mit allem Nachdruck neben etwaigen Lohnforderungen die Forderung: Verkürzung der Arbeitszeit.

Wohl ist es schwer, den niedergedrückten Textilarbeitern Schlesiens den Wert einer Arbeitszeitverkürzung begreiflich zu machen. Viele meinen noch: „Wenn wir weniger arbeiten, verdienen wir weniger, und wir brauchen jeden Böhm“ (Groschen). Nun hat sich aber herausgestellt, daß bei allen Arbeitszeitverkürzungen gleichzeitig eine Lohnzulage errungen wurde, sodaß die betreffenden Kollegen nicht weniger, sondern mehr verdienen als vor der Arbeitszeitverkürzung.

Andererseits gibt es auch Onkels und Tanten, welche nicht lange genug arbeiten können, indem sie ihren nach Verkürzung der Arbeitszeit strebenden Kollegen vorhalten: „Was wärd d'r denn derheme macha, 's Licht vergokeln und de Kohlen värbrenna!“ Sie sagen, früher sei von früh 5 bis abends 8 Uhr gearbeitet worden und „'s is oh geganga!“ Die guten alten Leutchen aus der guten alten Zeit! Bei der jetzigen hoch entwickelten Technik ist es eben nicht mehr wie damals, „als der Großvater die Großmutter nahm“. Wir leben heute in schnellebiger Zeit, wo die Arbeit ein Hasten und Jagen ist. Nicht schnell genug kann es bei der Arbeit gehen, und wehe dem, der da nicht mitkommt! Ist es da nicht erklärlich, daß die Arbeitskraft des Arbeiters viel schneller erschlafft als ehedem?!

Dann darf doch auch nicht verkannt werden, daß bei dem jetzigen Stande der Technik in 10 Stunden Arbeitszeit noch soviel Ware fertig gestellt wird, daß nie ein Mangel an letzterer eintreten wird.

Nicht in letzter Linie will doch der Arbeiter mit der Arbeitszeitverkürzung eine kleine Spanne Zeit sich mehr als bisher seiner Familie widmen. Die Frau, deren Arbeitszeit ohnehin die längste ist, will sich mehr der Häuslichkeit und ihrer lieben Kleinen annehmen. Auch hat doch die Arbeiterschaft einmal Verlangen, sich, namentlich im Frühjahr, ein wenig in freier Natur zu bewegen. Unser Schlesierland ist doch so reich an Naturschönheiten. Es ist im Frühjahr und Sommer dicht bevölkert, aber nur von Angehörigen der sogenannten „besseren Stände“.

Aus all diesen Gesichtspunkten heraus beginnt der Gedanke nach Verkürzung der Arbeitszeit immer mehr Wurzel zu fassen.

Der Gedanke ist bereits so tief gedrungen, daß es möglich war, in einer ganzen Reihe Orte Schlesiens den Zehnstundentag zu erringen. Zuerst begann die Arbeiterschaft der Firma Erxleben in Peilau, welche neben einem einheitlichen Lohntarif auch den Zehnstundentag errang. Gleich hinterher kam die Arbeiterschaft der Firma Postgtschil in Weigelsdorf, die gleichfalls neben dem einheitlichen Lohntarif den Zehnstundentag erreichte. Freilich ging das nicht so schnell und so leicht, wie sich das mancher denkt. Nein, nur dem treuen Zusammenhalten der Arbeiterschaft und der guten Organisation dieser beiden Betriebe war es zu danken, daß diese Errungenschaften gegen den Willen der Betriebsinhaber erreicht wurden.

Diese beiden Bewegungen verliefen jedoch ohne Streit, ohne Kampf!

Anders kam es bei der dritten Bewegung um den Zehnstundentag und dem einheitlichen Lohntarif, und zwar in Reichenbach. Hatte man uns doch auf die Konkurrenz in Reichenbach hingewiesen, sodaß wir's uns nicht zweimal sagen ließen, dort anzuklopfen.

Leider fand die Arbeiterschaft nicht so viel Entgegenkommen, wie in oben genannten Orten, sondern es kam, speziell bei der Firma Cohn, zu Maßregelungen, welche dazu beitrugen, Erbitterung unter die Arbeiterschaft zu tragen. Obgleich sich die Leitung der Organisation die möglichste Mühe gab, es nicht zum Streik kommen zu lassen, trugen doch die Maßnahmen der Betriebsinhaber und ihrer Aufseher dazu bei, das Maß zum Ueberlaufen zu bringen. Nach 6 Wochen Kampf wurde auch hier der zehnstündige Arbeitstag und ein einheitlicher Lohntarif mit 10 bis teilweise 20 Proz. Lohnerhöhung erreicht. Dieser Kampf, der beiden Teilen Wunden schlug, wirkte klärend auf andre Orte. Die Reichenbacher haben hier leider das Versuchskaninchen sein müssen. In anderen Orten ging man schlauer vor.

So wurde der Zehnstundentag neben Erhöhung der Löhne auf unsere Anregung hin in Friedland von den Unternehmern ohne langes Zaudern gegeben.

In Landeshut setzte es erst ein kleines Vorpostengefecht, indem bei Gebr. Methner drei Tage gestreikt wurde. Aber auch hier ging es sonst glatt von statten.

In Lauban wurde ebenfalls der Zehnstundentag in einigen Betrieben erreicht, ohne Kampf, ebenso in Liegnitz in der Wollwarenfabrik Merkur. In letzterem Betriebe sind die männlichen Personen zu mehr als 75 Prozent organisiert, die weiblichen dagegen fast garnicht. Auf ihrem Antrag bewilligte die Betriebsleitung den Zehnstundentag für die männlichen Arbeiter, während die weiblichen, wie bisher, elf Stunden weiterarbeiten müssen. Auch ein Unikum! Es ist aber ganz in Ordnung, denn: „Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erkämpfen muß!“

Weiter ist der Zehnstundentag erreicht bei der Firma Adam in Peterswaldau. Hier fanden die Arbeiter bei der Betriebsleitung ein williges Ohr. Ebenso im vorigen Jahre bei der Firma Haase hier, und kürzlich bei der Firma Jung in Langenbielau. Bei B. Neugebauer u. Söhne besteht bereits der 9¾stündige Arbeitstag, bei Jul. Neugebauer der Zehnstundentag seit einigen Jahren infolge Eingreifens der Arbeiterschaft.

Ermutigt durch diese Erfolge, trat auch im Februar dieses Jahres die Arbeiterschaft der größten Firma Schlesiens, mit 4000 Arbeitern, Chr. Dierig in Langenbielau, in eine Bewegung ein, deren Ausgangspunkt der Zehnstundentag und ein einheitlicher Lohntarif mit entsprechender Lohnerhöhung sein sollte.

Da hier, wie leider vielfach, die Betriebsinhaber nicht mit den Vertretern der Organisation verhandeln wollten, so trat der bisher bewährte Arbeiterausschuß in Aktion. Kurz und bündig erklärte ihnen Herr Kommerzienrat Fritz Dierig, daß ein Lohntarif kommen werde und der Zehnstundentag auf das bestimmteste abgelehnt werde. Mehr habe er nicht zu sagen, er müsse schnellstens nach Aegypten zu seinem kranken Sohne abreisen. Mit diesem Bescheid konnte sich niemand zufrieden geben. Es wurde in der darauf stattfindenden Versammlung beschlossen in abermalige Verhandlungen einzutreten und von der Forderung des Zehnstundentages nicht abzugeben.

In Abwesenheit des Kommerzienrats Dierig gingen die Verhandlungen ganz glatt von statten. Herr Mittelstädt sowie auch Herr Georg Dierig (beide Mitinhaber der Firma) zeigten hierbei anerkennenswertes Entgegenkommen. Ersterer erkannte sogar die Entschädigungspflicht der Firma bei unverschuldetem Warten der Weber an.

So wurde denn schließlich ein einheitlicher Lohntarif mit 5—30 Prozent Lohnzulage und, zur Freude der Gesamtarbeiterschaft, der Zehnstundentag erreicht.

So stehen wir nun vor der Tatsache, **daß in Schlesien der Zehnstundentag auf dem Vormarsch begriffen ist.** Nicht weniger als 28 Betriebe mit 12600 Arbeitern haben durch das Eingreifen der Organisation den Zehnstundentag errungen, d. i. zirka 20 Prozent der Gesamtarbeiterschaft der Textilindustrie Schlesiens.

Kollegen und Kolleginnen Schlesiens! Jetzt heißt es in dieser für uns wichtigen Frage weitermarschieren! Vor allen Dingen müssen sich die Kollegen der nördlichen Seite des Eulengebirges, z. B. in Wüstegiersdorf, Thannhausen, Wüstewaltersdorf und in anderen Orten aufraffen, etwas zur Hebung ihrer Lage zu tun.

Auch die Arbeiterschaft der schönen Neißestadt Görlitz muß mit! Hoffentlich rührt sie sich, wenn nächste Reveille geblasen wird.

Die Arbeiterschaft des übrigen Deutschlands erkennt aber an obigen Erfolgen, daß die da hinten in „Usingen“ in der Frage des Zehnstundentages mit ihr gleichen Schritt halten, wenn nicht gar voranmarschieren. Die Sachsen mögen ihren Unternehmern an Schlesien zeigen, daß man wegen des Zehnstundentages keine Industrie halb zu Grunde zu gehen lassen braucht, wie es in Crimmitschau hieß. Sollte da etwa das „helle“ Sachsen dabei durchgeleuchtet haben?

Kurz und gut, das Rad ist im Rollen. Wir freuen uns der bisherigen Erfolge, dieselben geben uns aber auch frische Kraft, mit erneutem Mut weiter zu kämpfen. Viel Arbeit liegt noch vor uns, da gibt's noch Arbeit für uns in Hülle und Fülle. Je mehr jedermann seine Schuldigkeit als pflichttreuer Mitkämpfer tut, desto größer und leichter die Erfolge. Schließt die Kampfreihen immer dichter und fester. Haltet stets die Einigkeit hoch! Wer Uneinigkeit sät, arbeitet im Interesse des Unternehmertums. Immer mehr muß euch der Gedanke der Zusammengehörigkeit, der Solidarität in Fleisch und Blut übergehen. Nie mehr darf sich ein einmal organisierter Kollege oder eine Kollegin von der Organisation, dem Verbande Deutscher Textilarbeiter, trennen, damit man nicht immer wieder von vorn anfangen muß.

Nur durch eine geschlossene einige Arbeiterschaft kommen wir vorwärts. Und vorwärts kommen wollen wir alle: Deshalb ist unsere Parole: „Vorwärts, vorwärts! Durch Kampf zum Sieg!“

Mitteilungen aus Fachkreisen.

Berga a. d. Elster. Die Seidenweberei von Ernst Engländer ist auf der Arbeitersuche. Durch Inserate verspricht sie dem Weber pro Woche 15—16 Mark Lohn, Reisespesen und für ein halbes Jahr unentgeltliche Wohnung. Die hiesigen Arbeiter erklären, bedeutend geringer entlohnt zu werden. — Es sind 180 Personen beschäftigt. Am 1. Mai verließen nachmittags 4 Uhr über 20 Weber ohne Erlaubnis den Betrieb. Urteil: je 40 Pf. Strafe. Dies war die Veranlassung zu einer Fabrikbesprechung. Aus den Beschwerden, die da zum Vortrag kamen, seien folgende erwähnt. Es hängt kein Lohntarif aus. Die hiesigen Arbeiter bekommen weniger Lohn als die zugereisten. Die Stuhl-Lohnbücher sind mangelhaft, es wird nur eingetragen: Stuhlbäumer, wieviel Meter Ware geliefert, Lohn hierfür sowie Strafen. Ausgegeben werden sie oft kaum 5 Minuten vor der Lohnzahlung. Vielfach wird der Lohn erst nach Schluß der Arbeitszeit ausbezahlt. Ein Weber gebrauchte Selbsthilfe: als der Websaal lange nach Schluß der Arbeitszeit noch nicht geöffnet war, drückte er die Türe durch. Er soll 5 Mk. Strafe zahlen. — Es wurde ein fünfgliedriger Fabrikausschuß gewählt. Dieser hat den Auftrag, nach Bedarf weitere Fabrikbesprechungen zu arrangieren.

Chemnitz. Die Belegschaft der hiesigen Aktienspinnerei war um die Bewilligung des Zehnstundentages eingekommen. Versprochen wurde dem Arbeiterausschuß der zehneinhalbstündige Arbeitstag für den 1. Januar 1907. Damit war die Belegschaft nicht zufrieden. Sie verlangte in einer stark besuchten Versammlung wenigstens für den 1. Juli d. J. den zehneinhalbstündigen Arbeitstag und für den 1. Januar 1907 den zehnstündigen. Der Arbeiterausschuß gab sich aber schließlich mit dem Zugeständnis zufrieden, daß die Arbeitszeit vom 1. Juli d. J. ab bis auf weiteres zehneinhalb Stunden betragen soll. Wenn die Organisation bald noch weitere Stärkung erfährt, wird es der Belegschaft leicht werden, bald noch eine weitere halbe Stunde zu erobern. Darum hinein in den Verband! Ihm ist auch nur die jetzige Eroberung zu danken.

Chemnitz. (Maßregelung.) Daß die Arbeiter ohne die gewerkschaftliche Organisation nicht in der Lage sind, ernstliche Lohnforderungen stellen zu können, das mußten die Färbereiarbeiter der Firma Friedrich in der Beckerstraße vorige Woche wieder einmal gründlich erfahren. Ein Teil der Arbeiterschaft hatte sich den Mut genommen, schriftlich um eine Lohnerhöhung zu bitten. Nachdem Herr Herzberg, der Inhaber der Firma, sich bei seinem Nachbar, Herrn Färbereibesitzer Theyson, erkundigt hatte, erklärte er den Arbeitern, daß er jetzt nicht zulegen könne. Die Arbeiterschaft beschloß indessen, falls bis nachmittag 5 Uhr die Lohnforderung nicht bewilligt wäre, die Arbeit einzustellen. Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ew'ger Bund zu flechten. Bei dieser Firma war es bisher statthaft, daß die Arbeiter sich hin und wieder während der Arbeitszeit außerhalb der Fabrik etwas holen durften. Als nun nachmittag in der fünften Stunde ein Arbeiter, und zwar derjenige, welcher die Lohnforderung in Fluß gebracht hatte, sich auf einige Minuten entfernte, um sich etwas zu holen, wurde er bei seiner Rückkehr ins Kontor gerufen und erhielt hier sofort die Entlassung. Damit war aber gleichzeitig die ganze Lohnbewegung ins Wasser gefallen. Und warum? Weil die Arbeiterschaft in jenen Betrieben nicht organisiert ist. Die Arbeiter waren nicht in der Lage, ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen; ja sie mußten noch zusehen, wie ihr Kollege, der die Sache eingeleitet hatte, aufs Straßenpflaster flog. Manche von ihnen werden vielleicht froh sein, daß es noch so abgegangen ist. Wären die Arbeiter der Firma Friedrich organisiert, so würde sich der Unternehmer gewiß gehütet haben, diese Forderung in einer derart schnöden Weise zurückzuweisen, wie es hier geschehen ist. Das Vorkommnis zeigt wieder von neuem, daß die Färbereiarbeiter ihre Lage nur verbessern können, wenn sie sich samt und sonders dem Deutschen Textilarbeiterverband anschließen. Nur wenn sie eine festgeschlossene Masse bilden, werden sie sich bessere Zustände erringen können. Solange aber die Färbereiarbeiter vereinzelt und in Lethargie dahinleben, wird man sie immer behandeln, wie es bei der Firma Friedrich geschehen ist. Deshalb muß auch für sie die Parole lauten: Hinein in den Deutschen Textilarbeiterverband! Vereinzelt seid ihr nichts, vereint seid ihr alles!

Gelenau. In Königs Gasthof fand am Sonntag, den 6. Mai eine gutbesuchte Textilarbeiter- und Arbeiterinnenversammlung statt. Kollege Helbig gab zunächst einen Bericht über die Lohnbewegung der Arbeiter in der Strumpfbranche. Er gab zuvor das an die Herren Unternehmer gerichtete Rundschreiben bekannt, mußte aber ferner die Mitteilung machen, daß die Herren Unternehmer es nicht der Mühe wert gehalten haben, darauf zu antworten. Dem Strumpffabrikanten und Gemeindeältesten Adolf Harzer wäre es vielleicht auch nicht eingefallen zu antworten, wenn der Zuschrift nicht eine 5 Pfennig-Marke beigelegt worden wäre. Die Antwort des Herrn Harzer, dessen warmes Herz so oft gerühmt wird, ist aber in brüskem Tone gehalten, der so recht den Unternehmerstandpunkt verrät. Er schreibt wörtlich: „Betreffs Ihres Schreibens muß ich mich zu den darin gestellten Fragen einer eingehenden Antwort enthalten, da dieselben zwischen jedem Arbeitgeber und seinen Arbeitnehmern selber zu erörtern sind, somit dritte Personen außer Frage kommen. Ergebenst Friedrich Adolf Harzer.“ Also, ihr Arbeiter, nicht einmal der Mann, der mit an der Spitze der Gemeinde steht, erkennt eure Organisation an, sondern wirft euch einfach, wenn ihr ein billiges Verlangen an ihn stellt, den Fehdehandschuh hin. Die Firmen Friedrich Mehner und Louis Schuller haben per Dutzend 2 bez. 1 Pf. Lohnzuschlag bewilligt. Auf nochmalige Vorstellung des Arbeiterausschusses hat die Firma Mehner in der Festsetzung der Arbeitszeit von früh 6 bis abends 6 Uhr eingewilligt, mit einer einstündigen Mittagspause und je 20 Minuten Frühstücks- und Vesperpause. Wie man hört, wollen die größeren Firmen ihre Dispositionen noch treffen. Die Firma J. M. Eisenstuck hat es nicht für nötig gehalten, zu antworten, sie hätte aber gerade alle Ursache gehabt, der Gelenauer Arbeiterschaft etwas mehr Entgegenkommen zu bezeigen. Die Gründe brauchen wir hier nicht näher zu erörtern und sie dürften der Firma hinreichend bekannt sein. — Kollege Reichelt-Chemnitz referierte über den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die Lage in der Strumpfindustrie“. Der Referent erläuterte in sachlicher Rede die Entwicklung der Strumpfindustrie. In letzterer Zeit sind die Löhne der Arbeiter nicht nur nicht gestiegen, sondern von dem Unternehmertum, trotz der Lebensmittelverteuerung, weiter herabgedrückt worden. Die Jahre seit 1899 waren für das Unternehmertum sieben fette Jahre, es hat innerhalb dieser 6 Jahre Profite eingeheimst, die für einzelne Unternehmer in die Millionen von Mark gehen. Hieraus ist zu ersehen, daß der „Schweiß“ des Unternehmers immerhin noch anständig bezahlt wird. Was ist aber für den Arbeiter übrig geblieben? Nichts! Er muß schuften von früh bis abends und wenn er muckst, bekommt er Prügel mit der Hungerpeitsche. So sieht die Liebe des Unternehmertums zu den Arbeitern aus. Die Unternehmer haben aber auch keine Ursache, den Arbeiter zu fürchten, solange er sich nicht gewerkschaftlich organisiert. In demselben Augenblick, wo die Arbeiterschaft ihre Klassenlage begriffen hat und alle Mann für Mann zur Organisation stehen, wird das Unternehmertum die Organisation anerkennen und deren Forderungen bewilligen müssen. In der mit zu den größten Firmen zählenden Strumpffabrik J. M. Eisenstuck wird nicht einmal der Arbeiterausschuß anerkannt. Das sind Zustände, auf deren Beseitigung die Arbeiterschaft unbedingt dringen muß. Er wies noch hin auf die Kämpfe in Crimmitschau, Gera usw., wo 36 000 Menschen vom Kapitalisten schonungslos aufs Straßenpflaster geworfen wurden und dem Hunger preisgegeben waren. Es stehen uns harte Kämpfe bevor. Schauen Sie hin nach Breslau, wo Arbeiterblut geflossen ist und man einem Fliehenden die Hand glatt vom Arme geschlagen hat. Das sind Zustände, wie sie in den Annalen der deutschen Geschichte noch nicht zu verzeichnen waren. Die unorganisierten Arbeiter sind die Totengräber der Arbeiterschaft und führen den Ruin ihrer Klassengenossen herbei. — Der Redner schloß sein mit großem Beifall aufgenommenes 1¾stündiges Referat mit einem warmen Appell an die Anwesenden, sich der Organisation anzuschließen. — In der Diskussion ergriff zunächst Frau Wagner-Chemnitz das Wort. Sie legte in der der Frau eigenen Freundlichkeit den anwesenden Arbeiterinnen nochmals warm ans Herz, sich alle samt und sonders der Organisation anzuschließen, um nicht zu Lohndrückern ihres zukünftigen Gatten zu werden. Arbeiter und Arbeiterinnen, schloß sie, sorgt dafür, daß eure Kinder seitens der Kapitalisten nicht bis aufs Blut ausgepowert werden! Tretet ein in die Organisation und werdet Abonnenten der Frauenzeitung „Die Gleichheit“! An der weiteren Debatte beteiligten sich noch die Kollegen Baldauf und Helbig und wurde besonders der Uebelstand gerügt, daß bei Herrn Adolf Harzer die Lieferzeit für Näh- und Kettelarbeit in die Mittagsstunde fällt — zwischen 12 bis 1 Uhr. Dadurch ist den Frauen nicht einmal Gelegenheit geboten, den nach Hause kommenden Männern das Mittagessen bereiten zu können. Es wäre Herrn Harzer wahrlich ein leichtes, hier Remedur zu schaffen; nach den gemachten Erfahrungen ist es aber sehr zweifelhaft, ob ein derartig berechtigter Wunsch vor dem Großkapital Gnade findet. Nach einem kräftigen Schlußwort des Referenten gelangte eine Resolution, welche die Abhaltung von Werkstattversammlungen empfahl, einstimmig zur Annahme.

Gera. Die am 11. Mai im „Adler“ abgehaltene Filialversammlung war ziemlich gut besucht. Es fehlten in der Versammlung aber besonders diejenigen Kollegen, die der Verbands- und Parteileitung in den Fabrikbesprechungen die Schuld zuschoben, daß die Arbeitsruhe in Gera am 1. Mai keine Fortschritte zeitige. — Das Andenken des verstorbenen Kollegen August Wolf wurde in der üblichen Weise geehrt. — Gauleiter Alban Bretschneider referierte über „Die Tätigkeit der Vereinigten Textilindustriellen auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Derselbe schilderte in längeren Ausführungen die Kämpfe der organisierten Arbeiter mit dem gut organisierten Unternehmertum im allgemeinen und in der Textilindustrie im besonderen. Seine Schlußfolgerungen gipfelten darin, daß ohne die Verbände eine Besserung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft nicht herbeigeführt werden kann. (Beifall.) In der lebhaften Diskussion, die sich aber nicht in dem Rahmen des gehaltenen Vortrages bewegte, wurde die Lauheit der Mitglieder, die durch die letzten Aussperrungen nichts gelernt und alles vergessen haben, das Abonnieren auf das „Geraer Tageblatt“ von seiten der Kollegen, sowie die Haltung des „Fachblattes“, die Maifeier betreffend, in scharfen Worten gegeißelt und eine dementsprechende Resolution angenommen. Aus der Wahl für den Zentralausschuß gingen die Kollegen Emil Vetterlein als Vorsitzender und Max Seidel als Schriftführer hervor. Als Delegierte zur Konferenz in Gera wurden die Kollegen Röder, Hopf, Sittig und Schönfeld gewählt. Einige Anregungen aus der Mitte der Versammlung, u. a. auch die, allmonatlich Fabrikbesprechungen abzuhalten, wurden dem Vorstande überwiesen. (Hinsichtlich der Maifeierfrage können

wir nur auf unsere Erklärung in Nr. 19 zurückverweisen. Wir bedauern, daß die Geraer Kollegen diese Erklärung als ein Verlegenheitsprodukt von uns auffassen. So viel Mut sollten uns doch die Kollegen zutrauen, daß wir, wenn wir absichtlich nichts über die Maifeier schrieben, den Grund angeben würden, wenn wir, wie es geschehen ist, wegen unserer Unterlassung angerempelt würden. Wir würden es unter solchen Umständen auch ablehnen, uns immer wieder für Maifestreden engagieren zu lassen. Wir waren auf der Reise und glaubten, ein Maiartikel käme noch für die folgende Nummer zurecht. Als uns ein Blid aus dem Kalender eines anderen belehrte, waren wir erschrocken, aber das Versäumte ließ sich nicht nachholen. Das ist der Sachverhalt. Zum Unglück kam unsere diesbezügliche Erklärung aus Versehen des Metteurs auch noch nicht einmal an eine hervorragende Stelle. Wenn wir in jedem Jahre auf die Bedeutung des Maifestes hinwiesen, könnte man uns wohl glauben, daß es diesmal nur aus den angegebenen Gründen unterblieb. Aber Glauben kann man ja nicht erzwingen, besonders nicht bei Leuten, die Grund haben, auch sonst unzufrieden zu sein. Die Redaktion.)

Köln-Sülz. Schon oftmals ist an dieser Stelle das rigorose Verhalten verschiedener Vorgesetzter in den Textilbetrieben gerügt worden und immer wieder ist derartiges nötig. Dies gilt auch von dem in der Färberei und Chemischen Waschanstalt Schmidt in Sülz beschäftigten Meister Dunkel. Der Verband hat deshalb folgendes Schreiben an die Firma gerichtet:

„Köln-Sülz, den 6. Mai 1906.

An die Firma Heinrich Schmidt,
Färberei und chemische Waschanstalt hier,
zu Händen ihres Herrn Chefs.

Unterzeichneter erlaubt sich im Auftrag des Deutschen Textilarbeiter- und Arbeiterinnenverbandes, Filiale Köln, folgende Vorkommnisse überschriebener Firma zu unterbreiten, mit dem höflichsten Ersuchen, Abhilfe zu schaffen, d. h. den Meister zu rektifizieren und an Unterzeichneten die Erklärung gelangen zu lassen, daß den Arbeitern und Arbeiterinnen des Betriebs infolge ihrer Organisationszugehörigkeit Schwierigkeiten, wie sie in letzter Zeit zu Tage getreten sind, nicht mehr in den Weg gelegt würden. Von unseren Mitgliedern Ihres Betriebs sind bei uns zu wiederholten Malen berechtigte Klagen über das Verhalten des Meisters Dunkel sowie der anderen Vorgesetzten gegenüber ihren Untergebenen vorgebracht worden. Nicht nur, daß sich genannter Herr Redensarten erlaubt, die mit dem Bildungsgrad eines deutschen Werkmeisters nicht in Einklang zu bringen sind, erlaubte sich dieser Herr auch zu wiederholten Malen Arbeitern, trotzdem selbige mehrjährige Verträge (Kontrakte) abgeschlossen haben, ohne Grund mit Hinauswerfen sowie mit Schlägen (Ohrfeigen) zu drohen. Wir können nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß diese Handlungsweise einem Kontraktbruch von seiten der Firma gleich kommt. (Die Firma erklärte den sich beschwerenden Arbeitern gegenüber, es sei Privatsache des Meisters. Da kann also ein Arbeiter von seinem Vorgesetzten totgeschlagen werden; das ist Privatsache. Der Berichterstatter.) Auch betrachten wir diese Handlungen gegen die betreffenden Arbeiter und Arbeiterinnen als Maßregelung auf Grund ihrer Organisationszugehörigkeit; führte doch auch Meister Dunkel aus, daß alle diejenigen nach und nach entlassen würden, die dem Verbande angehören. Da nicht nur hervorragende Sozialpolitiker, Professoren und nicht in letzter Linie alle einsichtigen, anständigen Arbeitgeber nichts dagegen einzuwenden haben, daß die Arbeiter von ihrem gesetzlich garantierten Recht der Koalition Gebrauch machen, wir aber die Chefs genannter Firma zu den anständigen Arbeitgebern glauben zählen zu dürfen, so sind wir überzeugt, daß es nur dieses Hinweises bedarf, um derartige Vorfälle für die Zukunft auszuschließen. Bescheid bis 8. Mai erwartend, zeichnet mit aller Hochachtung J. A.: (Unterschrift.)“ Auf Grund der in dem Schreiben geschilderten Vorgänge verließen eine Reihe Kollegen den Betrieb. Einer von ihnen suchte sein Recht beim Gewerbegericht. Die Firma ließ es jedoch nicht zum Termin kommen, sondern der Chef begab sich in höchsteigener Person am Tage des Termins zweimal zu dem betreffenden Arbeiter und ersuchte ihn, die Klage zurückzuziehen; auch brachte er demselben ein prachtvolles Zeugnis nebst Geld für den ihm entstandenen Schaden. Uns gegenüber scheint die Firma vollständig die Sprache verloren zu haben, da bis heute (13. Mai) Antwort auf unser Schreiben nicht erfolgt ist. Den in diesen Betrieben Beschäftigten wird wohl nun die Erkenntnis gekommen sein, daß nur eine gute Organisation im stande ist, Wandel zu schaffen. Darum: Hinein in den Zentralverband der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands! Anmeldungen werden jederzeit entgegengenommen in Sülz: Sülzburgstraße 179, III, Hinterhaus; in Köln: bei Wilh. Lünow, Trutzenberg 29, sowie bei allen Unterkassierern.

Rheine. Die Bewegung um Verkürzung der Arbeitszeit hier ist zu vorläufigem Abschluß gekommen. Die Firmen Kreymborg u. Schem, Dykhoff u. Stöveken sowie Wilh. Jackson bewilligten zehneinhalbstündige Arbeitszeit, die Frühstückspause ist in Wegfall gekommen, dafür ist die Mittagspause auf anderthalbe Stunde verlängert. Lohnerhöhung wurde nur bei Stöveken bewilligt, außerdem wurden einige Mißstände, deren Beseitigung den Firmen keine erheblichen Kosten verursachte, beseitigt. Wenn man in Betracht zieht, daß in Rheine nur ein geringer Bruchteil der Arbeiter organisiert ist, muß man mit dem Erreichten wohl oder übel zufrieden sein. Unsere Mitgliederzahl hat sich in der letzten Zeit erfreulich vermehrt, trotzdem uns kein größeres Lokal zur Verfügung steht. Das Lokal des Herrn Hermes, wo die „Christlichen“ ihr Hauptquartier haben, wurde uns abgeschlagen. Die christliche Organisation kommt in Rheine auch nicht vorwärts, weil die Arbeiter zu derselben kein Vertrauen haben; allerdings können sie auch das Vorurteil gegen die freie Organisation noch nicht überwinden. Und das ist kein Wunder. Was seit Jahrzehnten von der Zentrumspresse des Münsterlandes über Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung zusammengeschwindelt, mit wirklich echt zentrums-christlicher Unverfrorenheit zusammengelogen worden ist, das geht auf keine Kuhhaut. Kein „Kohl“ über die Arbeiterbewegung ist zu dumm, um hier nicht seine Gläubigen zu finden. Gewerkschaftskommission und Parteivorstand könnten sich des bisher immer vernachlässigten Kirchenstaates Münster auch einmal ein wenig annehmen. Tausende und Abertausende von Arbeitern sind hier noch für uns zu gewinnen. Zwar behauptete noch im vorigen Jahre ein hiesiges Lokalblatt, daß Rheine uneinnehmbar, natürlich für die Roten, sei. „Rheine rot, niemals!“ rief es mit gewaltigem Pathos aus. Na, mögen sie's nur abwarten, auch der schwärzeste Winkel muß noch vor der mächtig vorstürmenden modernen Arbeiterbewegung kapitulieren, und auch über Rheine wird noch siegreich unser Banner wehen. Mit Saalabtreibereien, Ausweisungen, Maßregelungen und ähnlichen „geistigen“ Waffen hält man unseren Siegesmarsch auf die Dauer doch nicht auf. Auch mit den christlichen Organisationen, mit diesem Krebsschaden der Arbeiterbewegung, werden wir noch fertig werden. Und wenn sie so energisch die Interessen der Arbeiter wie neuerdings in Aachen und im benachbarten Borghorst zer- — wir wollten sagen vertreten, wird dies recht schnell gehen. Wie wir erfahren haben — das sollten wir aber eigentlich nicht ausplaudern — wollen sie zur Erringung des Zehnstundentages eine Prozession nach Telgte oder gar nach Kevelaar unternehmen. Kolleginnen und Kollegen! Rüsten wir uns, um den Zehnstundentag in Rheine allgemein zur Durchführung zu bringen. Mehrere Firmen haben dessen Einführung für den 1. Juli versprochen. Es kann dann leicht wegen der Lohnregulierung und dergleichen zu Konflikten kommen. Darum, auf die Schanzen!

Stralau-Rummelsburg. (Achtung, Teppichweber!) Wie allen Kollegen und Kolleginnen bekannt sein wird, sind die Teppichweber Berlins bei den Firmen: Benjamin, Baader & Feibisch im vergangenen Jahre am 5. April in den Streik getreten. Am 1. Mai 1905 hat nun bei Feibisch ein Arbeitswilliger angefangen, welcher genau nach einem Jahre — am 1. Mai 1906 — wegen Lieferung schlechter Ware von Feibisch entlassen worden ist; Kintzel oder Käntzel ist der Name des Edlen. Am Montag den 7. Mai erlaubte sich K., bei der Firma Protzen & Sohn in Stralau vorzusprechen. Er wurde auch eingestellt. Als nachmittags bekannt wurde, daß dieser Edle arbeite, blieben um ½4 Uhr fast sämtliche Stühle stehen. Darauf wurden kurzerhand drei Kollegen entlassen. Kollegen und Kolleginnen! Angesichts dieser Feudalprotzenhaftigkeit ist es doch wohl an der Zeit, daß wir endlich das Losungswort unseres Verbandsorgans beherzigen: Vereinzelt seid ihr nichts! Vereint seid ihr alles! Deshalb organisiert euch! Ob Männlein ob Weiblein: Hinein in den Zentralverband Deutscher Textilarbeiter!

Neugersdorf. Achtung! Hier sucht ein gewisser Tannert aus Nowawes Weber. Die Kollegen daselbst werden wohl bekanntgeben, ob dort wirklich Arbeitermangel herrscht. Wir bezweifeln es.

Nowawes. Wir warnen die Kollegen und Kolleginnen allerorts vor einem gewissen Tannert aus Nowawes. Derselbe sucht für die hiesige Firma Pitsch Leute anzuwerben und macht ihnen Versprechungen, welche nicht den Tatsachen entsprechen. Also lasse sich niemand nach hier locken. Auskunft über die hiesigen Verhältnisse möge man sich von dem Vorsitzenden Karl Reinhardt, Marienstraße 25, einfordern.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Achtung, Spitzenweber! In der Spitzenfabrik von Barth u. Ko., Leipzig-Plagwitz sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma wollte für die Hilfsarbeiter die Arbeitszeit täglich um drei Stunden verlängern. Den Arbeiterausschuß, welcher vorstellig wurde, warf man aufs Pflaster. Kollegen, haltet euern Leipziger Kollegen den Rücken frei!

Im Auftrag: **Moritz Hermsdorf.**

Achtung! In der Buntweberei von Eberstadt & Ko. in Hof ist ein Abwehrstreik ausgebrochen. Ursache hierzu gab ein verschlechterter Lohntarif. Die Reduktionen betragen bis zu 20 Proz. Die Arbeiter sind bis zu 90 Proz. organisiert. Die Stimmung ist eine gute. Streikbrecher sind so gut wie gar keine vorhanden. Näherer Bericht folgt. Zuzug nach Hof ist streng fernzuhalten.

Im Greizer und Geraer Bezirk fanden in den letzten Tagen stark besuchte Versammlungen statt, um gegen die von Fabrikantenseite geplanten Abänderungen der Arbeitsordnungen Stellung zu nehmen. Der Unternehmerentwurf wird als für die Arbeiter ungünstig bezeichnet, namentlich, weil die Arbeiter in einer Reihe Fällen entlassen werden können, wogegen sie sich an die achttägliche Kündigungsfrist halten sollen. Die Arbeiter werden aufgefordert, den ihnen vorgelegten Fabrikordnungen die Anerkennung zu versagen.

Der Kampf der Weber bei Fröhlich u. Wolf in Kassel ist beendet worden. Die Arbeiter erzielten einen Teilerfolg.

Der Streik der Färbereiarbeiter der Firma W. Spindler in Spindlersfeld ist bedingungslos abgebrochen worden. Näherer Bericht folgt.

Die Färber der Firma Adler in Asch sind aus Solidarität mit ihren streikenden Kollegen in Graslitz in den Ausstand getreten.

Die Weber der Firmen Ferd. Goldschmidt, Er. Matusch, W. Kremlicka und J. Jina in Belohrad stehen im Streik. Sie fordern 20 Prozent Lohnerhöhung und den Zehnstundentag. Dasselbe fordern die Weber mehrerer Firmen in Hohenelbe und bei Gebr. Etrich in Böhmisch-Skalitz. Wolf, Rubel u. Ko. in Grottau erzielten die Arbeiter durch Streik 20 Prozent Lohnerhöhung.

In Prag bei M. Gräb Söhne, Wachsleinwandweberei, ist ein Lohnstreik ausgebrochen.

In Kleedorf bei Schrems sind am 1. Mai 170 Textilarbeiter ausgesperrt worden.

Textilarbeiter streiken in Maffersdorf, M.-Trübau, Reichenberg i. B.

Arbeitszeitverkürzung ist den Arbeitern der Firmen Kreimborg u. Scham, Dykhoff u. Stoveken und Wilhelm Jackson in Rheine bewilligt worden. Die Arbeitszeit ist auf 10½ Stunden täglich festgesetzt worden. Mehrere andere Firmen haben das Versprechen abgegeben, am 1. Juli cr. die Arbeitszeit gleichfalls auf 10½ Stunden zu verkürzen.

Die Aktienspinnerei in Chemnitz hat den 10½-Stundentag für den 1. Oktober d. J. zugesagt.

Die Textilarbeiter Norrköpings (Schweden) haben Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung gestellt. Kein deutscher Arbeiter wird den schwedischen Kollegen in den Rücken fallen.

Der große Ausstand in den Baumwollspinnereien von Lancashire, der jüngst auszubrechen drohte, ist verhütet worden. Die Spinnereibesitzer haben den Arbeitern die verlangte Lohnerhöhung von 5 Prozent gewährt, jedoch unter der Bedingung, daß beiderseits ernste Anstrengungen zum Abschluß gegenseitiger fester Vereinbarungen gemacht werden. Die Lohnerhöhung ist daher zunächst nur auf ein Jahr bewilligt worden.

Den Generalstreik der Textilarbeiter in Turin hat die Arbeiterkammer beendet.

Die angekündigt gewesene Riesenaussperrung der Metallarbeiter ist noch nicht durchgeführt worden. Seitens der Unternehmerpresse wird sogar in Abrede gestellt, daß ein Beschluß dafür vorlag. Die Herren scheinen der entschlossenen Haltung des Metallarbeiterverbandes Rechnung zu tragen und nun die Aussperrung lieber zu umgehen. So muß es kommen.

Gewerkschaftliches.

Die Kürschner hielten ihren Verbandstag vom 16. bis 18. April in Weißenfels ab. Der Verband ist seit seinem letzten Verbandstage (Dresden 1904) ziemlich stabil geblieben. Die Mitgliederzahl betrug im Jahresdurchschnitt 1903: 1884, 1904 stieg sie auf 1935 und 1905 auf 1938. Nach dem Kassenbericht des Vorstandes betrug die Gesamteinnahme des Verbandes innerhalb der Geschäftsperiode 1904/05 57 545,23 Mark, davon 52 043,55 Mark aus Beiträgen und 2756,90 Mark aus Streikmarken — die Gesamtausgaben 69 535,11 Mark, sodaß eine Mehrausgabe von 11 989,88 Mark entstand. Von den Ausgaben kamen auf Streikunterstützung im eigenen Berufe 39 898,80 Mark, für andere Berufe 500 Mark, Gemaßregeltenunterstützung 1238,90 Mark, Agitation 2989,20 Mark, Fachorgan 3564,80 Mark, andere Organe 149,39 Mark, Rechtsschutz 102,90 Mark, Verbandstag 2108,20 Mark, Generalkommission 251,36 Mark, Internationales Sekretariat 628,40 Mark, Heimarbeiterschutzkongreß 100,05 Mark, Entschädigung des Vorstandes 2714 Mark, und des Ausschusses 147,60 Mark, Lokalanteile 9932,24 Mark usw. Der Kassenbestand fiel von 22 632,74 Mark Ultimo 1903 auf 10 642,86 Mark Ultimo 1905. Die Mehrausgabe ist verursacht durch außerordentliche Streikausgaben. Es kosteten die Kämpfe in Hamburg 13 038 Mark, Berlin 8679,50 Mark, Schkeuditz 3657,27 Mark, Markranstädt 7020,57 Mark, Lindenau 5745,88 Mark, Lissa 1703,22 Mark, Rötha 51 Mark und Würzburg 3 Mark. Es waren 20 Kämpfe (5 Angriffs- und 6 Abwehrkämpfe) zu führen. Es wurden Kranken- und Sterbeunterstützung eingeführt. Der wöchentliche Beitrag wurde von 30 auf 50 Pf. für männliche, von 15 auf 25 Pf. für weibliche Mitglieder erhöht. Der Sitz des Verbandes bleibt in Hamburg. Der erste Vorsitzende wird fest besoldet. Sein Gehalt beträgt einschließlich der Entschädigung, welche er als Redakteur und internationaler Sekretär bezieht (500 Mark), 2100 Mark. Der Beitrag zur Unterstützungsvereinigung wird ihm zur Hälfte vergütet.

Der schwedische Textilarbeiterverband hielt kürzlich in Stockholm im „Volkshaus“ einen Verbandstag ab. Derselbe war von 30 Delegierten besucht. Auch der dänische Textilarbeiterverband war — durch J. J. Möller und Jetterling — vertreten. Der letzte Verbandstag, 1904, wies 1024 Mitglieder auf, dieser aber schon 2677 in 22 Ortsgruppen.

Der Maurerverband 1905. Diese größte Branchenorganisation der freien Gewerkschaften, die 1904 im Jahresdurchschnitt 128 850 Mitglieder hatte, ist 1905 auf 155 911 gestiegen. Beklagt wird im Bericht des Vorstandes, den der „Grundstein“ veröffentlicht, daß die Fluktuation trotz der Unterstützungseinrichtungen noch immer sehr groß ist. Zweigvereine bestehen 956. Die Nettoeinnahme des Verbandes betrug im Berichtsjahre 3 126 826,12 Mk., davon kommen 2 686 687,62 Mk. auf die wöchentlichen Beiträge. Die Ausgabe der Hauptkasse betrug im gleichen Zeitraume 1 710 696,46 Mk. Das Vermögen beträgt 2 732 466,93 Mk. Für Streiks im eigenen Gewerbe und in fremden Berufen wurden insgesamt 971 576 Mk. ausgegeben, für das jetzt in 187 000 Exemplaren erscheinende Fachorgan „Der Grundstein“ 169 898 Mk., für Agitation 109 210 Mark, für Krankenunterstützung 129 825 Mk., für Sterbeunterstützung 62 997 Mk., für Rechtsschutz 58 126 Mk. Die sachliche Verwaltung erforderte 42 360,26 Mk., die persönliche 24 052,83 Mark.

Der Verband der Maschinisten und Heizer ist in den Jahren 1904 und 1905 von 171 Zahlstellen und 8650 Mitgliedern auf 196 Zahlstellen und 11 383 Mitglieder gestiegen. Eine Steigerung während der letzten beiden Jahre um 25 Zahlstellen und 2733 Mitglieder. Der Fortschritt wurde im wesentlichen durch die Neueinteilung der Gaue und den Ausbau des Unterstützungswesens erzielt. Zurzeit sind erst 8 Prozent der Berufsangehörigen organisiert. Der Kassenbericht, der sich auf zwei Jahre erstreckt, weist eine Einnahme von 203 909,61 Mk. nach, inklusive eines Bestandes von 15 958,59 Mk. am 31. Dezember 1903. Die Gesamtausgabe beträgt 161 168,11 Mk. Darunter für Arbeitslosenunterstützung 33 268,69 Mk., Sterbegeld 14 470 Mk., Streikunterstützung 19 850,77 Mk., Gemaßregeltenunterstützung 21 845,29 Mk., Rechtsschutz 1134,11 Mk., Zeitschrift 27 889,25 Mk., Agitation 6629,80 Mk., Generalkommission 2515,60 Mk., der Rest verteilt sich auf kleinere Posten. Eine Verschmelzung mit dem sächsischen Verbande ist noch nicht gelungen. Auf der Ostern in Mannheim abgehaltenen Generalversammlung wurden die Verbandsbeiträge, die bisher 25 Pf. pro Woche betrugen, auf 40 Pf. pro Woche festgesetzt. Die Arbeitslosenunterstützung wurde zur Erwerbslosenunterstützung erweitert. Der erste Vorsitzende wurde angestellt. Sein Gehalt wurde auf 2000 Mk. festgesetzt. Der Kassierer und der Redakteur des Verbandsorgans bekommen in Ansehung ihrer längeren Tätigkeit für den Verband 2200 Mk. Zum Sitz von Vorstand und Fachorgan wurde Berlin wiedergewählt, zum Sitz des Ausschusses Ludwigshafen.

Soziales.

Erhebungen über die Heimarbeit werden auf Veranlassung der Reichsregierung auch in Sachsen vorgenommen. Das „Chemnitzer Tageblatt“ teilt mit, daß am 9. Mai die Geheimräte Dr. Kaufmann und Koch und der Regierungsrat Dr. Poehler aus dem Reichsamte des Innern in Chemnitz eingetroffen seien, um in den folgenden Tagen im Auftrage des Reichskanzlers Erhebungen über die Lohn- und Wohnungsverhältnisse sowie über die Lebenshaltung der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter in einigen besonders bemerkenswerten Bezirken der Hausindustrie, insbesondere der Spielwaren- und Zigarren-Industrie sowie der Weberei vorzunehmen. Die genannten Herren hätten in Begleitung des Oberregierungsrats Schlippe aus dem sächsischen Ministerium des Innern und der Gewerbebeamtinnen Fräulein Zetzler und Fräulein Dose die Orte Grünhainichen, Zöblitz, Dittersbach, Seiffen, Heidelberg, Deutscheinsiedel, Deutschneudorf, Rothenthal, Olbernhau, Pockau und Frankenberg besucht, sich von den Ortspolizeibehörden, Aerzten, Lehrern und geeigneten Auskunftspersonen sowie Gewerbetreibenden über die einschlagenden Verhältnisse unterrichten lassen und hätten zahlreiche Heimbetriebe in Augenschein genommen und mit den in diesen Betrieben tätigen Personen eingehend verhandelt. Am 12. d. M. nachmittags seien die Herren Kommissare des Reichskanzlers nach Berlin zurückgekehrt. — Ob die Herren aus Berlin in zwei bis drei Tagen wirklicher Inspizierung die Verhältnisse von zehn entfernten Orten zuverlässig feststellen konnten? Es wäre uns sehr erwünscht, wenn wir aus den Kreisen unserer Kollegen näheres über die mit so ungewöhnlicher Eile betriebene Untersuchung erfahren könnten.

Vermischtes.

Wahrnehmung der baupolizeilichen Befugnisse. In einem gemeinsamen Erlaß der Minister der öffentlichen Arbeiten, des Innern und für Handel und Gewerbe heißt es wie folgt: Auf Grund der Reichsgewerbeordnung bedarf es zur Errichtung von Anlagen, welche durch die örtliche Lage oder die Beschaffenheit der Betriebsstätte erhebliche Nachteile, Gefahren oder Belästigungen herbeiführen können, sowie zur Anlegung von Dampfkesseln der Genehmigung der nach den Landesgesetzen zuständigen Behörde. Diese Behörde hat vor Erteilung der Genehmigung eine Prüfung vorzunehmen, die sich auch auf die Beachtung der bestehenden baupolizeilichen Vorschriften erstrecken muß. Durch diese reichsgesetzliche Regelung ist die Wahrnehmung der baupolizeilichen Befugnisse in denjenigen Fällen, in welchen eine Genehmigung auf Grund der Reichsgewerbeordnung erforderlich ist, allgemein ausschließlich und uneingeschränkt auf die zur Erteilung der gewerbepolizeilichen Genehmigung zuständige Behörde übertragen worden. Mithin finden abweichende landesgesetzliche Vorschriften auf diese Fälle keine Anwendung; insbesondere kommt eine landesrechtliche Scheidung in der Zuständigkeit, je nachdem es sich um die Ausübung der gewöhnlichen baupolizeilichen Funktionen oder um die Erteilung von Dispensen gegenüber den Bestimmungen der Baupolizeiordnungen handelt, in Wegfall. Die gewerbliche Genehmigungsbehörde hat also allein über die Bewilligung von Baudispensen zu entscheiden, wobei sie in materieller Beziehung an die landesgesetzlichen Vorschriften, insbesondere an die Bestimmungen der Baupolizeiordnungen gebunden ist.